

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition an die Österreichische Bundesregierung, sich für die Ratifikation der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle sowie Ratifikation der Konvention durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzusetzen

GR. Univ.-Prof. Dr. **Hammer** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Hammer**: Wir machen jetzt eine übergreifende Geschichte, wie der Klubobmann Herper gerade gefordert hat, einen gemeinsamen Antrag, betrifft die Petition an die Österreichische Bundesregierung, sich für die Ratifikation der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle sowie zur Ratifikation der Konvention durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzusetzen. Sehr geehrte Damen und Herren! Anlässlich der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ hat sich die Stadt Graz am 16. September 1992 dazu bekannt, Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitsförderung zu setzen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Nikotinabhängigkeit, die laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation aus dem Jahr 2002 in Europa und weltweit die wichtigste Todesursache ist.

Das „Grazer Gesundheitsforum“ setzt gegenwärtig mit dem Arbeitskreis „Rauchen“ einen Schwerpunkt, dessen Handlungsmöglichkeiten allerdings unter anderem durch Bundesgesetze vorgegeben und eingeschränkt werden.

Die Österreichische Bundesregierung bekennt sich zur Gesundheitsvorsorge und hat auch am 28. Juli 2003 die WHO Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle unterzeichnet. Die Rahmenkonvention hat das Ziel, Regierungen zu tabakkonsumreduzierenden Maßnahmen zu verpflichten, und sie wird dann in Kraft treten, sobald sie von 40 Staaten ratifiziert wurde. Bisher ist dies in 22 Staaten erfolgt, darunter den EU-Staaten Ungarn, Malta und Slowakei. In diesen Staaten wird auch bereits mit der Umsetzung der Rahmenkonvention begonnen.

Um weiterführende Aktivitäten auf dem Gebiet der Nikotinprävention auf Gemeindeebene zu ermöglichen sowie die Bundesregierung in der raschen Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsvorsorge zu bestärken, stelle ich daher namens der im Gemeinderat vertretenen Parteien von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und GRÜNE den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge in einer schriftlichen Petition die Österreichische Bundesregierung ersuchen:

1. die Ratifikation der WHO Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle durch den österreichischen Gesetzgeber so rasch als möglich in die Wege zu leiten und
2. sich für die Ratifikation der Konvention durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzusetzen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Khull-Kholwald**: Stimme der Dringlichkeit zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Drogenspritzen – Problematik in öffentlichen WC Anlagen

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag betrifft das Drogenspritzenproblem in öffentlichen WC-Anlagen. Die Mitarbeiter der von der Stadt Graz mit der Reinigung der WC-Anlagen beauftragten Firma Dr. Schilhan machten aktuell darauf aufmerksam, dass die Anzahl der gefundenen Drogenspritzen auf öffentlichen Toiletten Besorgnis erregend angestiegen ist.

Vor allem betroffen sind die WC Anlagen Jakominiplatz, Hauptplatz und Volksgarten. Bei einer Zählung innerhalb einer Woche wurden alleine in diesen drei Anlagen rund 100 Spritzen eingesammelt. Also die Zahl haben mir die Mitarbeiter der Firma Schilhan weitergegeben.

Entsprechend des allgemeinen Wissenstandes geht von herumliegenden gebrauchten Spritzen im öffentlichen Raum eine große Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger, sich mit ansteckenden Krankheiten wie beispielsweise HIV oder Hepatitis aus.

Neben der präventiven Arbeit gegen den Drogenkonsum muss die Stadt Graz die davon ausgehende, dargelegte gesundheitliche Gefahr mit aktiven Maßnahmen bekämpfen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden beauftragt, gemeinsam mit ExpertenInnen unverzüglich Maßnahmen gegen die Problematik der Drogenspritzen in öffentlichen WC-Anlagen zu entwickeln und dem Gemeinderat darüber zu berichten (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zum Antrag: Ich darf folgende Information weitergeben, das Problem ist natürlich virulent, du hast es ja auch richtig angesprochen. Seitens der Liegenschaftsverwaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem Drogenkoordinator eine Reihe von Maßnahmen gesetzt. Es gibt in der Stadt mittlerweile eine Reihe, insgesamt im Moment zwei Spritzenboxen, in denen die Spritzen deponiert werden können, setzt natürlich trotzdem voraus, dass das auch gemacht wird, das kann man nicht immer wissen. Wir haben in den hochfrequentierten Toilettenanlagen eine Frequenz von zwei Stunden, in denen die Toiletten überprüft und überwacht werden, trotzdem kann auch in dieser Zeit natürlich eine Spritze irgendwo liegen bleiben. Wir werden noch weitere, und das also wirklich in Absprache mit den zuständigen Stellen, weitere Spritzenablagestellen schaffen und außerdem wurde mittlerweile seitens der Liegenschaftsverwaltung im Rathaus selbst eine Wickelstelle eingerichtet, die also garantiert nicht von Personen frequentiert wird, die nicht Kinder zu wickeln haben, so dass es hier in der Innenstadt zumindest im Moment einmal eine sichere Stelle gibt, wo man Kinder wickeln kann. Es gibt dankenswerterweise zum Beispiel in den großen Kaufhäusern, insbesondere auch beim Kastner und Öhler, entsprechende Einrichtungen, die sicherstellen, dass man einer solchen gefährlichen und unangenehmen Situation aus dem Weg gehen kann. Hundertprozentige Sicherheit kann es natürlich nicht geben. Uns ist das Problem auch bewusst und wir haben schon bisher versucht, auf diese Vorfälle zu reagieren.

GRin. **Stein**: Herr Stadtrat! Ich habe jetzt zugehört. Es gibt zwei Spritzenboxen, nur wenn man sich jetzt ein Schuss versetzt, ist man mindestens 20 Minuten high. Ich bin überzeugt davon, dass da niemand sofort jetzt in die Spritzenbox die Spritze reinwirft. Auch laut Aussage eines Drogenexperten. Dann mit zwei-Stunden-Takt im Klo, das ist auch nicht wirklich wahr, im Stadtpark wird nur einmal am Tag gereinigt, wenn überhaupt. Und die Wickelstellen, die werden am Hauptplatz sehr, sehr viel frequentiert, weil sie vor allem, da können sich die hinsetzen auch und wirklich sich da regenerieren und wie auch immer. Und auch dieser Euro-Schlüssel für die Behinderten-WC, die werden ja sehr, sehr stark frequentiert, also es ist wichtig, dass man da wirklich einen runden Tisch macht und wirklich schaut, was da zu machen ist. Danke.

GRin. **Edlinger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von der ÖVP! Aber wir sind uns, denke ich mir, schon einig, dass nicht der Liegenschaftsreferent zuständig ist für die Drogenprävention und die Drogenpolitik der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*). Trotzdem, obwohl Drogenpolitik nicht sein Betätigungsfeld im engeren Sinn ist, hat er sich gerne bereit erklärt und auch unsere Fraktion stimmt auch diesem Antrag zu, weil wir denken, es ist immer im Interesse aller, hier für Sicherheit zu sorgen und, und, und. Nur Tatsache ist, dass wir eine klare Verankerung grundsätzlich für die Drogenprävention haben, dass auch der Stadtsenat als Ganzes quasi der vorberatende Ausschuss für dementsprechende Stücke ist. Tatsache ist auch, dass wir in der letzten Gemeinderatsperiode ein sehr umfassendes Maßnahmenpaket diskutiert und beschlossen haben, also nur bitte einfach nur darum, die Kirche ein bisschen im Dorf zu lassen, weil wir müssen uns auch im Klaren sein, wenn Sie hier aufzeigen, Stadtpark wird nur einmal täglich kontrolliert und geputzt, dann müssen Sie, wenn Sie a sagen, aber auch b sagen. Weil de facto kann man das Liegen von Spritzen nur dann verhindern, wenn die ÖVP-Fraktion auch bereit wäre, quasi auch die permanente Betreuung und personelle Besetzung der WC-Anlagen mitzutragen. Weil anders ließe sich das ja in Wirklichkeit nicht verhindern, weil es müsste permanent wer da sein und hinter jedem nachschauen. Da kenne ich aber aus den letzten Jahren nur ganz andere Aussagen gerade aus Ihrer Fraktion, was das Auslagern des Putzens betrifft, eben hin zu privaten Reinigungsdiensten, was eben immer die Frage der Kosten in diesem Zusammenhang betrifft, also reden wir gerne drüber und unser Stadtrat hat ja breit erwähnt und bereits erwähnt, dass er dazu bereit ist, und was schon passiert ist auch in diesem Zusammenhang, aber lassen wir trotzdem die Kirche im Dorf, die Liegenschaft wird nicht ein Drogenproblem in der Stadt lösen (*Applaus SPÖ*).

Dr. **Riedler**: Nur um diese Fragen aufzuklären. Ich habe gesagt, wenn Sie richtig zugehört haben, haben Sie es auch gehört, ich habe gesagt, die stark frequentierten Toiletten werden alle zwei Stunden, das ist die häufigste Frequenz, was die Reinigung angeht, überprüft. Es gibt natürlich Toiletteanlagen, die weniger frequentiert sind und daher nicht so häufig überprüft werden. Bei der Gelegenheit ist es mir ein Bedürfnis und ich glaube auch ein guter Zeitpunkt, sich einmal bei all den

Personen, vor allem Frauen zu bedanken, die diese Reinigungsarbeiten machen, das ist alles andere als eine angenehme Arbeit, das ist echte Schwerarbeit und noch dazu, wie wir jetzt gehört haben, mit nicht unerheblichen Gefahren dann und wann verbunden (*Applaus SPÖ*). Es gibt sehr unterschiedliche Erfahrungen, natürlich diese Deponierungsmöglichkeiten werden genutzt, es finden sich drinnen ja auch entsprechende Spritzen. Eine absolute Sicherheit kann ihnen jedenfalls der Liegenschaftsreferent sicher nicht gewähren, weil wir können nicht hinter jedem Drogensüchtigen eine hinstellen, der ihm die Spritze aus der Hand nimmt, wenn die Sache erledigt ist, dass wir noch mehr Wickelstellen in der Stadt brauchen können, dem stimme ich zu und ich kann nur noch einmal darauf hinweisen, es ist ja nicht ein Verdienst meiner Person, sondern ist dankenswerterweise von aufmerksamen Beamtinnen und Beamten der Stadt erledigt worden, dass wir uns im Rahmen des Möglichen bemüht haben, entsprechende Wickelmöglichkeiten, zur Verfügung zu stellen. Aber es geht ja nicht nur um die Wickelmöglichkeiten sondern jede Person kann sich verletzen und infizieren und wir müssen natürlich versuchen, einen möglichst hohen Sicherheits- und Sauberkeitsstandard aufrecht zu erhalten, das tun wir (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf nur vielleicht noch anmerken, weil es ja auch vor wenigen Tagen von Seiten der Experten wieder Zeitungsmeldungen gegeben hat, dass auch der Missbrauch von unseren Ersatzdrogen etc. in Graz leider Gottes wieder sehr im Ansteigen begriffen ist. Also, wir werden uns mit diesem Thema verlässlicherweise, und zwar in der Position des Stadtsenates aber selbstverständlich auch in den Ausschüssen intensiv zu beschäftigen haben und es ist natürlich gut, wenn man zumindest an jenen öffentlichen Orten, wo viele Kinder auch spielen etc. diese Maßnahmen ergreifen.

GR. **Hohensinner**: Ich habe auch österreichweit recherchiert und es ist so, dass das kein grazspezifisches Problem ist, es ist in den meisten Landeshauptstädten ein Problem und ich finde das ein bisschen von Ihnen, Frau Gemeinderätin, bedenklich,

dass Sie sich, so wie es aussieht, haben Sie da irgendwie ein schlechtes Gewissen.

Zwischenruf GRin. Krampfl: Tue nichts konstruieren.

GR. **Hohensinner:** Mein Anliegen ist, dass da alle Parteien zusammen an einem Strang ziehen.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Ich habe nicht auf Sie reagiert, sondern auf Ihre Kollegin.

GR. **Hohensinner:** Sie haben sich da verteidigt, Frau Edlinger, Sie sind nicht am Wort, ich sage nur, uns ist es wichtig, dass dieses Problem angegangen wird, Sie haben meinen Antrag gehört und in meinem Antrag haben wir nicht abgezielt, auf den Herrn Stadtrat Riedler irgendwie loszugehen, mir ist es bewusst, dass der Herr Stadtrat Riedler sich da engagieren wird, ich hoffe, auch die Frau Stadträtin Monogioudis und die Frau Stadträtin Kaltenbeck, und zusammen werden wir hoffentlich dieses Problem verbessern und zu einigen Lösungsvorschlägen und auch Lösungen kommen und das ist mir ein Anliegen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Park & Ride Mariatrost – Sofortige Beendigung der Planungsarbeiten und Suche nach Alternativmöglichkeiten

GRin. **Meisslitzer** stellt namens der SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Meisslitzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Seit Monaten sorgt der höchst umstrittene Plan, in Nachbarschaft der Tannhofsiedlung in Mariatrost eine Park-&-Ride-Anlage mit 500 Stellplätzen inklusive Freizeitpark zu errichten, nicht nur unter den betroffenen Anrainern für allergrößte Bestürzung und Unmut. Denn statt die Park-&-Ride-Möglichkeiten bereits dort, wo der Verkehr anfällt, nämlich in den Regionen, auszubauen und eine funktionstüchtige öffentliche Verkehrsverbindung aufzubauen, soll inmitten eines Wohngebietes auf einem als Freiland gewidmeten Grundstück und noch dazu auf einer Feuchtwiese, die als Wasserspeicher dient, ein Großparkplatz entstehen. Es liegt auf der Hand, dass die damit verbundenen Umweltbelastungen (Lärm, Luft, Staub, vermehrte Hochwassergefahr usw.) zu einer massiven Verschlechterung der Lebensqualität für die Bevölkerung führen würden. Doch nicht nur das: Gegen diese Park-&-Ride-Lösung und das damit verbundene Verkehrsaufkommen spricht auch, dass sich in unmittelbarer Nähe eine Volksschule, ein Kindergarten und eine Krabbelstube befinden. Denn dass zusätzliches Verkehrsaufkommen für die Kinder ein Mehr an Gefährdung bedeutet, ist ja wohl klar.

Zwar wurde mittlerweile auch vom zuständigen Verkehrsreferenten dieses Tannhofweg-Projekt – wahrscheinlich nicht zuletzt angesichts des Widerstandes der Bevölkerung und negativer Stellungnahmen von ExpertInnen - vorläufig einmal auf Eis gelegt und der Suche nach Alternativen Priorität eingeräumt. Was aber noch lange nicht heißt, dass es damit auch wirklich endgültig vom Tisch ist, man wolle es für den Fall der Fälle gleichsam in der Hinterhand behalten.

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein schlechtes Projekt wird nicht dadurch besser, dass es einige Zeit in einer Schreibtischlade abliegt und in ein paar Monaten wieder hervorgezaubert wird! Und es wäre auch unverantwortlich gegenüber den betroffenen Anrainern, sie weiter darüber in der Ungewissheit leben zu lassen, ob diese Park-&-Ride-Anlage trotz ihres Widerstandes, trotz massiver

Einwände und Bedenken, auch von Fachleuten, kommt oder nicht kommt. Dass die Verkehrssituation in der Mariatroster Straße auf Grund der starken EinpendlerInnenströme überaus angespannt ist, das ist klar. Umso wichtiger wäre es, möglichst rasch umsetzbare Lösungen zu finden gemeinsam mit der gesamten Bezirksvertretung, gemeinsam mit den Mariatroster Aktivbürgerinnen und Aktivbürgern und vor allem auch gemeinsam mit den Umlandgemeinden.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ, KPÖ, GRÜNEN und FPÖ Gemeinderatsfraktionen folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Die zuständigen Stellen der Stadt beziehungsweise die GPG werden aufgefordert,

- a) jegliche weitere Vorarbeiten für das Projekt Park-&-Ride-Platz Mariatrost im Bereich der Tannhofsiedlung umgehend einzustellen und nach realisierbaren Alternativen zu suchen.
- b) unter Einbindung der gesamten Bezirksvorstehung sowie der Mariatroster Aktivbürgerinnen und Aktivbürger und die Einrichtung sozial verträglicherer, kleinräumigerer Park-&-Ride-Möglichkeiten im Einzugsgebiet der Mariatrosterstraße in Angriff zu nehmen.

2. Der Bürgermeister wird ersucht, an den Verkehrsreferenten des Landes und an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Umlandgemeinden heranzutreten, damit entlang der so genannten Pendlerkorridore einerseits bedarfsgerechte Park-&-Ride-Plätze errichtet werden, um Pendlerinnen und Pendlern bereits in Wohnortnähe das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern, und andererseits eben die dafür erforderlichen öffentlichen Verkehrsverbindungen zu attraktivieren beziehungsweise einzurichten (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf nun noch alle Gäste, die bei uns hier im Rathaus sind und auf die Galerie gekommen sind, ganz, ganz herzlich auch bei uns begrüßen (*Allgemeiner Applaus*).

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Gemeinderätin Meisslitzer, Sie haben vollkommen Recht, wenn Sie sagen, die Verkehrssituation in der Mariatrosterstraße auf Grund der starken EinpendlerInnenströme ist überaus angespannt. Wir sprechen von 8.500 Pkw-Fahrten in dem Korridor Weiz, also eine enorme Belastung in dem Bereich der Mariatrosterstraße. Die betroffenen Anrainerinnen und Anrainer wissen das ja auch. Umso wichtiger wäre es, sagen Sie, möglichst rasch umsetzbare Lösungen zu finden gemeinsam mit der Bezirksvertretung, mit den Mariatroster AktivbürgerInnen und auch mit den Umlandgemeinden und allen Betroffenen. Vollkommen richtig, insofern hat auch die Stadtregierung im Frühjahr die GPG und die Stadtbaudirektion damit beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu machen, um für diesen Bereich einen Vorschlag und auch eine Lösung zu bekommen und auszuarbeiten. Wir sind am Beginn dieser Gemeinderatssitzung heute wieder sehr eindringlich, dankenswerter Weise durch das Team, durch die Damen und Herren des Umweltamtes auf die Verkehrsproblematik, auf die Feinstaubproblematik in Graz hingewiesen worden. Jetzt kann die Situation zu Beginn des Sommers, dass die Machbarkeitsstudie zwar in ihrer Endphase war, aber eigentlich noch gar nicht fertig, und bereits natürlich in Diskussion begriffen war und, Frau Kollegin Meisslitzer, Sie wollten damals auch im Juli oder haben auch damals im Juli einen Antrag, einen ähnlichen wie heute eingebracht, wo ich schon ehrlich dazu sagen muss, es geht darum, in diesem gesamten Bereich zu einer Lösung zu kommen. Bei der Versammlung, die der Bezirksvorsteher im Juni damals einberufen hat, wurde von allen Fraktionen auch ganz klar deponiert, dass es um eine Variante, um eine Lösung geht im Konsens mit allen Betroffenen, das ist natürlich keine Frage, aber dennoch wollten Sie bereits zu dem damaligen Zeitpunkt ein Denkverbot auferlegen, um hier nicht weiter nach Lösungen zu suchen beziehungsweise um einige Varianten, ohne dass die Studie und die Überlegungen dazu überhaupt schon fertig waren, auszuschließen. Nun kam es eben zum Abschluss der Machbarkeitsstudie, die uns jetzt hier vorliegt, und es gab natürlich dann auch eine Besprechung mit den AktivbürgerInnen, mit den Vertretern der unmittelbaren Anrainer aus der Tannhofsiedlung und hier wurde eigentlich ein Konsens mit Stadtrat Rüschi erzielt, nämlich insofern als alle Varianten, die für den Korridor Weiz interessant und wichtig sein könnten, von einer Überlegung von Park- und-Ride-Möglichkeiten im Umland, von Fölling, Anbindung Marland, Verstärkung der Linie 1 zu überlegen, zu evaluieren und schlussendlich dann in

einem Gesamtvergleich, in einer Gesamtevaluierung vorzustellen und dann gemeinsam mit allen Betroffenen zu der sinnvollsten Lösung zu kommen. Sie schreiben hier in Ihrem Motivenbericht „denn statt die Park-und-Ridemöglichkeiten bereits dort zur Verfügung zu stellen, wo der Verkehr anfängt. Keiner spricht davon etwas anstatt einer guten Lösung zu machen. Es geht darum, alle möglichen Varianten, die sinnvoll sind, einzubeziehen. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe von Feststellungen in Ihrem Motivenbericht, die so nicht richtig sind. Ich möchte nur zum Schluss sagen zahlreiche negative Stellungnahmen von ExpertInnen.“ Die Machbarkeitsstudie liefert unter anderem auch ein klimatologisches Gutachten, ein hydrologisches Gutachten und hier ist sehr wohl auch von positiven Effekten die Rede und schlussendlich ist es natürlich das Ziel, alle Varianten, die in Frage kommen, zu überdenken, zu evaluieren und schlussendlich gemeinsam mit den Betroffenen und natürlich auch gemeinsam mit den Anrainern, mit der Bezirksvertretung, mit den Anrainern der Mariatrosterstraße, die auch vom Verkehr betroffen sind, zu einer Lösung zu kommen und genau das war schließlich und endlich auch der Konsens beim Treffen der Anrainer, wo einige PolitikerInnen auch dabei war mit Stadtrat Rüschi. Nachdem genau das was Sie fordern, eigentlich gerade in Umsetzung ist, lehnt unsere Fraktion die Dringlichkeit dieses Antrages ab. Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas ganz klar sagen. Was wir wirklich als Letztes in dieser Stadt und in der Verkehrspolitik brauchen, ist, Verkehrsprojekte in der Schublade oder Lösungen im Verkehrsbereich in der Schublade verschwinden zu lassen; das Letzte, was wir in dieser Stadt in der Verkehrspolitik brauchen, ist eine verkürzte Verkehrspolitik, die ich leider von manchem in diesem Haus als ihre Verkehrspolitik sehen muss, nämlich eine verkürzte Verkehrspolitik, verkürzt auf ein Wort: nein (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Binder** zum Antrag: Inhaltlich, jeder hier herinnen weiß, wie die Grünen zu diesem Antrag stehen, sonst wären wir ja auch nicht mitgegangen, wir haben uns hier auch enorm engagiert diesbezüglich. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir

diesen Antrag schon eingebracht haben vor dem Sommer und dass die SPÖ uns damals der Pietätlosigkeit bezichtigt hat und ich möchte das noch einmal auf das Schärfste zurückweisen, so etwas ist eine Anmaßung eurer Partei, uns Grünen Pietätlosigkeit vorzuwerfen, das ist das eine. Das andere, es war ein, wie ich oft und oft spüre, ein eifersüchtiges Spiel. Manchmal kommt mir die SPÖ vor, sie setzt sich gerne auf den Soziussitz von einer anderen Partei, wenn sie eine wichtige Idee hat, wenn dann das Gefährt in die Zielgerade kommt und ins Ziel schießt, dann springt sie ab und schreit laut, gelenkt haben wir und als Erstes sind wir auch hereingekommen, das möchte ich der SPÖ mitgeben, das ist für mich keine Zusammenarbeit, aber natürlich ist der Inhalt des Antrages, wie sollte es anders sein, ok.

Zwischenruf GR. Schönegger: Das könnt ihr euch intern ausmachen.

Bgm.-Stv. **Ferk:** Meine Damen und Herren! Um ein paar Klarstellungen von Seiten der sozialdemokratischen Partei zu machen, möchte ich zuerst einmal auf die zitierte Stadtregerungssitzung, also nicht Stadtsenatssitzung, denn da könnten wir dann direkt auch das Protokoll herausholen, aber ich denke, wir haben ja alle Mitschriften. Damals als das Projekt in Mariatrost, nämlich im Frühjahr, vom zuständigen Referenten und seiner Baudirektion vorgestellt worden ist, Frau Kollegin Binder, das ist auch für Sie vielleicht wichtig, habe ich sofort das Wort ergriffen und habe nach einer Alternativplanung gefragt, ob das den nicht der vernünftiger Weg ist. In Kenntnis natürlich, dass gerade der Park-and-Ride-Platz, der von der ÖVP in Mariatrost forciert wird und auch vom Planungsamt trotz des Einwandes der SPÖ in Auftrag gegeben worden ist, und ich erinnere mich noch, ich möchte noch einen Einschub machen, dass auch der Bürgermeister gemeint hat, gibt es nicht noch eine andere Möglichkeit. Und ich sage schon, die Situation haben jetzt nicht jene Parteien in diesem Haus, nämlich jene Parteien, und das sind immerhin fast zwei Drittel der Mandatarinnen und Mandatäre dieses Hauses, verursacht, sondern möglicherweise die Uneinsichtigkeit der Baudirektion, des Referenten und vielleicht auch des

Bezirk, weil man nicht, weil man an und für sich nicht auf die Stimmungslage der Bevölkerung und auf die örtliche Situation Rücksicht genommen hat und herzugehen seit Wochen und Monaten und an und für sich auch in der Öffentlichkeit zu verbreiten, dass die SPÖ dieses Projekt verhindert und grundsätzlich alles verhindert, ist an und für sich auch eine Ungeheuerlichkeit und ich weise diese Ungeheuerlichkeit heute zurück. Wir verhindern nichts, sondern wir wollen gemeinsam mit den Menschen nach einer vernünftigen Lösung ringen, die letztendlich allen in dieser Stadt, aber auch jenen, die nach Graz einpendeln, zur Verfügung gestellt werden kann. Sie, meine Damen und Herren, verursachen hier das Diktat einer Minderheit, und das sollen Sie also auch zur Kenntnis nehmen. Und bitte, Frau Kollegin Binder, werfen Sie uns nicht immer in der Sache hier vor, dass wir andere Meinungen haben, nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir einen geraden Weg in dieser Frage gegangen sind (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Nicht um Öl ins Feuer zu gießen, aber Sigi Binder hat nie von anderen Meinungen gesprochen, sondern sie hat eine akrobatische Leistung in Sachen Trittbrettfahrerei kommentiert und das ist ein großer Unterschied. Ich möchte was anderes kommentieren, wir haben alle, wie wir hereingekommen sind, heute ein nettes Briefchen bekommen, endlich weiß ich, wozu Wappen für Bezirksräte ihren Wert haben....

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Mehr auf den Inhalt schauen.

Mag. **Candussi**: Ich schaue zuerst einmal, wenn ich einen Brief kriege, schon auch auf den Kopf und es ist erstaunlich, was sich da alles unter diesem Wappen und was da unter dem Titel des Büros des Bezirksrates, wir wissen alle, welches Büro das eigentlich ist, verbirgt. Ich finde es schon erstaunlich, wie ein Bezirksrat da über einen Teil seiner Bevölkerung drüberfährt und wie er gute Mariatroster und schlechte

MariatrosterInnen unterscheidet. Die schlechten sind offensichtlich die, die am Tannhof wohnen und die es gewagt haben, gegen das Projekt, das offensichtliche Lieblingsprojekt des Bezirksvorstehers, zu opponieren und Widerstand zu machen.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch unverständlich.

Mag. **Candussi**: Das ist ja tatsächlich unerhört, in Zeiten feudaler Bezirkspolitik da so gegen einen Bezirksvorsteher aufzubegehren. Und dementsprechend kriegen sie es dann auch mit heftigen Argumenten drübergesammelt, wie es ihnen wirklich gebührt. Also haben wir nicht gewusst, wofür wir manche Bezirksvorsteher haben, heute wissen wir es. Das zweite Argument, und das möchte ich schon auch wirklich von mir weisen, und da rede ich wirklich von mir persönlich und von der Grünen Fraktion. Ich habe es im Ausschuss schon gesagt, ich habe gegen dieses Projekt bereits Stellung bezogen...

Zwischenruf GRin. Krampl: Als du noch nicht gewusst hast, dass es kommt.

Mag. **Candussi**: ...und zwar persönlich gegenüber dem Herrn Janesic, im Gemeindeumweltausschuss immer wieder schon, da war das Projekt noch nicht konkret ausgearbeitet, aber es war bereits...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch unverständlich.

Mag. **Candussi**: Eva, höre einmal zu, aber es war ganz klar erkennbar für uns, dass das ein Von-hinten-aufzäumen eines Pferdes ist, den Park-and-Ride am Stadtrand speziell in einem Gebiet, das von dort hinaus nicht ÖV erschlossen ist,...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Ihr wart schon dagegen, bevor darüber...

Mag. **Candussi**: ...ist in jedem Fall der falsche Weg, weil es der falsche Ansatz ist. Und wir sind nicht die, die ein Projekt verhindern wollen oder sagen wir so, wir sind jetzt gezwungen, ein Projekt zu verhindern, weil es andere vorher verhindert haben, dass ein gescheiteres Projekt ausgearbeitet worden ist und darum geht es. Die Verhinderer sitzen in der Stadtbaudirektion in diesem Fall, liebe Eva, weil die haben es verhindert, dass von vorneherein gemeinsam mit der Bezirksbevölkerung und gemeinsam mit Experten ein vernünftigeres und, und dazu komme ich auch noch, wahrscheinlich kostengünstigeres Projekt entwickelt worden wäre. Und einen dritten Punkt möchte ich noch ansprechen, es ist uns gestern im Planungsausschuss des Langen und Breiten die Machbarkeitsstudie erläutert worden und diese Machbarkeitsstudie bietet eine interessante Kostenrechnung, eine äußerst interessante Kostenrechnung. Sie schlüsselt nämlich auf den Vergleich zwischen zwei verschiedenen Projekten. Einerseits dem Park-and-Ride-Projekt Mariatrost Endstation ohne ÖV-Erschließung des Föllinger Raumes und sie vergleicht es mit einem Projekt Park-and-Ride in Fölling inklusive ÖV-Erschließung des Föllinger Raumes, also des Raumes von der Stadtgrenze bis Mariatrost. Und interessanterweise, welch Wunder, das Projekt Fölling ist teurer, nur es schließt eben die Erschließung des Föllinger Raumes mit ein und um die werden wir, egal ob wir Park-and-Ride Mariatrost bauen oder nicht, in den nächsten Jahren nicht herumkommen und da ist die Differenz eine beträchtliche, ist klar, eine neue Buslinie hinaus kostet einiges. Nur wenn man die zwei Projekte miteinander vergleicht, die man vergleichen müsste, nämlich Park-and-Ride Mariatrost, so wie es im Projekt ist, ohne Wurzinger-Therme, also nackt ohne Überbau, so ganz ein knallhartes Parkhaus, wie man es hat, nicht so toll, affengeil, wie dieses Parkhaus uns als

Freizeitzentrum verkauft wurde, plus ÖV-Anbindung nach Fölling, Verlängerung der Buslinie, Verlängerung der Buslinie vom Urnenfriedhof über Resowi-Zentrum bis hinaus nach Fölling, wenn man das vergleicht mit dem Projekt Fölling plus Verlängerung der Buslinie, dann kommt man drauf, dass zumindest um 180.000,- Euro mehr für das Projekt Parkhaus Mariatrost auszugeben sind.

Zwischenruf GR. Schönegger: Das war jetzt Akrobatik.

Mag. **Candussi**: Nein, das ist überhaupt nicht Akrobatik, wenn eine ganz normale Plus-Minus-Rechnung für dich Akrobatik ist, dann tut es mir Leid, da kann ich nichts ändern. Ich als Nichtmathematiker kann das relativ leicht nachvollziehen. Diese Kostenrechnung hätten wir auch ganz gerne am Tisch, ich bin froh, egal wie es zustande gekommen ist, dass sich heute hier im Haus eine Mehrheit findet...

Zwischenruf GR. Schönegger: Verhinderer.

Mag. **Candussi**: Wir werden jetzt ein gescheiteres Projekt ermöglichen und da sind wir vorne dabei. Nehmen wir euch beim Wort, ich sehe diesen Antrag als Auftrag an die Stadtbaudirektion, ein besseres Projekt für Mariatrost zu entwickeln, an dem die Bürgerinnen und Bürger in Mariatrost ordentlich beteiligt werden. Ich danke schön (*Applaus SPÖ und Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne zu dieser Diskussion noch einige Bemerkungen anfügen und möchte damit

beginnen, dass wir hier im Gemeinderat es nie fehlen haben lassen an ganz allgemeiner Überzeugung. Wir sind alle für den öffentlichen Verkehr grundsätzlich (*Applaus ÖVP*), wir sind alle für Park-and-Ride-Anlagen grundsätzlich und wir sind natürlich alle dafür, dass wir die Feinstaubbelastung reduzieren. Aber in dem Moment, wenn es um ein konkretes Projekt geht, dann entstehen plötzlich die Schwierigkeiten. Das ist an und für sich ganz normal, es ist völlig klar, dass wir in einer Stadt, in der so viele Menschen auf nahem Raum zusammen wohnen kein Projekt umsetzen können, ohne dass wir auch nicht Nachteile produzieren. Aber unsere Aufgabe ist es, diese Nachteile mit den Vorteilen abzuwägen und wenn wir das Empfinden haben, es kommt für die Stadt etwas Gutes heraus, dann sollten wir das tun. Wenn zum Beispiel in dem Motivenbericht steht, es liegt auf der Hand, dass die damit verbundenen Umweltbelastungen Lärm, Luft, Staub, vermehrte Hochwassergefahr usw. zu einer massiven Verschlechterung der Lebensqualität für die Bevölkerung führen würde, dann ist das schlicht und ergreifend falsch. Es ist einfach deshalb falsch, weil hier nicht dabeisteht möglicherweise, möglicherweise führt es zur Verschlechterung der Personen in der Tannhofsiedlung. Für die Mariatroster und für die Stadt Graz führt ein derartiges Projekt ganz eindeutig zu einer Reduzierung der Umweltbelastungen und das ist eben auch der Punkt, an den ich gerne anschließen möchte. Ich weiß, dass in den Klubs sehr viel diskutiert wurde und ich weiß auch, dass gerade in den Klubs immer wieder die Frage gestellt wird, ist es nicht einfach auch eine Frage der Personen und der Bewohnerinnen und Bewohner, die an der Mariatrosterstraße wohnen, dort fahren pro Tag, wenn nur 300 Pkw weniger in der Mariatrosterstraße unterwegs sind, immerhin pro Tag haben sie eine Einsparung von zirka 3600 km, diese Einsparung, die wir hier außer Acht lassen, führt natürlich zu einer entsprechenden Umweltbelastung, also ein wichtiges Argument ist, wenn man tatsächlich ernst gegen Feinstaub ist und die Belastung reduzieren will, dann genügt es nicht einfach, den Leuten zu sagen, bitte unterschreibt hier, ihr seid freiwillig gegen irgendeinen autofreien Tag. Das ist eine gute Maßnahme (*Applaus ÖVP*), aber aus meiner Sicht muss sie unterstützt werden durch tatsächlich konkrete Projekte, bei denen auch objektiv der Feinstaub reduziert wird (*Applaus ÖVP*). Ich möchte auch dazu sagen, dass wir uns, glaube ich, die Vorgangsweise bei derartigen Projekten einmal überlegen sollten. Wir haben im Frühjahr sowohl Park-and-Ride Mariatrost als auch Park-and-Ride Puntigam in der Stadtregierung vorgestellt. Dort sind nicht alle Fraktionen vertreten, das ist klar, aber

wir haben in der Stadtregierung drüber diskutiert. Und ich erinnere mich ganz genau, bevor wir diese Diskussion abgeschlossen haben, habe ich die Frage gestellt an alle anwesenden Parteien, gibt es grundsätzliche Probleme oder grundsätzliche Einwände gegen dieses Projekt, dann sollen sie bitte jetzt genannt werden, denn dann ersparen wir uns Zeit und Geld. Es ist von keiner Partei, die in der Stadtregierung vertreten war, ein Einwand gekommen (Applaus ÖVP).

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das ist doch unerhört.

Dr. **Rüsch**: Das Projekt als Uneinsichtigkeit der Baudirektion abzutun, das halte ich für eine großartige Meldung. Wir haben der Baudirektion, der GPG einen Auftrag gegeben, nämlich hier ein Projekt auszuarbeiten, hat noch niemand gesagt, das ist das einzige, sondern das war die Aufgabe. Und die GPG plus Baudirektion sind vor wenigen Tagen fertig geworden mit diesem Projekt und wir haben es sofort vorgestellt. Als die erste Bürgerveranstaltung stattgefunden hat, war das Projekt noch gar nicht fertig. Also ich nehme an, dass das wohl in Ordnung ist, wenn hier ein Projekt fertiggestellt wird. Mein Kollege Peter Mayr hat, ich habe mitgezählt, ich glaube zehnmal darauf hingewiesen, dass von uns niemand daran denkt, dieses Projekt nicht im Konsens mit der Bevölkerung durchzuführen. Aus diesem Grund hat es auch in der letzten Woche die schon erwähnte Bürgerbesprechung gegeben und wir haben eine Vorgangsweise vereinbart, das möchte ich auch dazusagen, die mir nach dem vorliegenden Antrag durchaus möglich erscheint. Wir haben dort ausgemacht, dass wir das Projekt zunächst, und zwar den Park-and-Ride-Parkplatz, zunächst einmal zurückstellen und die Varianten, die gekommen sind, uns gemeinsam ansehen nach bestimmten Kriterien und das Ergebnis festhalten werden. Ich möchte nur das eine sagen, die Alternativvarianten machen aus meiner Sicht keinen Sinn, wenn wir das Park-and-Ride-Haus in Mariatrost völlig ad acta legen. Wenn wir diese Arbeiten völlig einstellen und zwar aus folgendem Grund: Die Anträge Bürgermeister wird ersucht, Verkehrsreferent des Landes, Bürgermeister Umlandgemeinden usw. sind aus meiner Sicht realistisch gesehen zunächst einmal

auch ein, beinhalten die Gefahr, dass wir die Aktivität auf andere übertragen, die sie nicht durchführen werden, überlegen Sie sich, wir gehen zu den Umlandbürgermeistern und sagen denen, wir möchten gerne bei euch einen Park-and-Ride-Platz bauen, damit wir in Graz bessere Verkehrsverhältnisse haben. Dort werden dieselben Argumente kommen, wenn, dann aber bitte ja nicht neben einer Wohnsiedlung, bitte nicht im Freiland, warum sollen wir überhaupt für Graz das machen, das sind äußerst schwierige Diskussionen. Ich denke, wenn wir nicht einmal selbst anfangen, hier unsere Möglichkeiten auszuschöpfen, dann wird diese Diskussion sehr stark erschwert (*Applaus ÖVP*). Lieber Hermann, nicht nur deine Kollegin Sigi Binder, auch du kannst die Akrobatik wirklich ganz gut. Die Begründung, warum du zur Verhinderung dieses Projektes gezwungen wurdest, konnte ich nicht nachvollziehen und bei den Kosten kann ich nur dasselbe wiederum sagen wie gestern: Erstens einmal sind wir offen, jeden Vergleich anzustellen, auch ein Vergleich, den du uns nennst, der Vergleich gestern im Ausschuss war jedenfalls ok, dort wurde wirklich Gleiches mit Gleichem verglichen und das entspricht doch auch der Logik. Eines ist doch völlig klar, wenn wir eine Park-and-Ride-Lösung suchen, die auf die vorhandene Linie 1 zurückgreift, dann ist das in jedem Fall billiger als irgendeine zusätzliche Buslinie, das wird jedem mit Hausverstand einleuchten, das ist billiger. Auf der anderen Seite kann ich nur noch einmal sagen, wir verwehren uns nicht gegen andere Lösungen, im Gegenteil, wir haben sie mit den Bürgerinnen und Bürgern ausgemacht, vereinbart und ich denke mir, wenn da herauskommen sollte, dass es eben nicht möglich ist, eine zufriedenstellende Park-and-Ride-Lösung ohne Mariatrost zu machen, dann sollten wir das aus meiner Sicht wieder diskutieren. Es muss nicht das bestehende Projekt sein, es kann sein, dass wir mit 200 Parkplätzen dann auskommen, mit 100, wie auch immer. Aber ich denke mir, das müsste möglich sein. Aus diesem Grunde möchte ich gerne für meine Fraktion festhalten, dass wir um eine getrennte Abstimmung bitten, dass wir trotz der inzwischen geänderten Formulierung beim Punkt 1a nicht mitstimmen werden, aber selbstverständlich beim Punkt 1b sowie bei 2), denn das sind, wie gesagt, die Maßnahmen, die schon in die Wege geleitet wurden. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Lieber Gerhard Rüschi, ein paar Sachen verlangen schon einen Widerspruch. Wenn du sagst, die Bewohner kämpfen um ihre Lebensqualität und mit der Verhinderung dieses Parkhauses sind sie Schuld daran, dass in der Mariatrosterstraße womöglich mehr Autos fahren, dann ist das genauso ein Vergleich wie am Papier von Herrn Bezirksvorsteher drauf ist, auf das Niveau brauchen wir nicht gehen. Die Bewohner, die gegen das Projekt waren, haben immer gesagt, sie sind immer für eine Park-and-Ride-Lösung und sie vergleichen eben nicht den Zustand Errichtung Parkhaus Mariatrost und weiterhin Nichts-tun, sondern sie vergleichen und das müssen wir vergleichen, zwei Lösungen, nämlich Errichtung des Parkhauses Mariatrost oder eine andere Park-and-Ride-Variante, die kostengünstiger ist und möglicherweise, wie wir glauben, auch effizienter, weil sie näher in der Region verankert ist, Punkt 1. Punkt 2 ist, wenn du sagst, die Verhandlungen mit Bund, beim anderen müssen wir mit Land und mit den Gemeinden verhandeln, das ist dein Job Gerhard, du bist Stadtrat in Graz und ein Teil deines Jobs ist es, mit den Umlandgemeinden zu verhandeln, wenn es um gemeinsame regional übergreifende Verkehrslösungen geht und es ist klar, dass dieser Job nicht einfach ist, aber das ist er und du hast dich dafür beworben (*Applaus Grüne*). Ich glaube, dass die Lösung und dass man den Gemeinden ja auch durchaus was anbieten kann, weil wenn man nur hinget und sagt, bitte, zahlt mit an Park-and-Ride, damit wir in Graz eine bessere Verkehrssituation haben, dann werden die lachen, aber man kann auch durchaus zu ihnen gehen und sagen, beteiligt euch, das ist eigentlich eure Pflicht und das sollte in eurem Interesse sein, euch am Park-and-Ride Richtung Graz zu beteiligen, weil das verbessert auch die Wohn- und Lebenssituation eurer Bevölkerung und dann müssten sich diese Gemeinden, es wäre längst an der Zeit, dass sich die Gemeinden auch daran beteiligen. Und als Abschluss...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ihr seid also gegen jede Förderung der Straßenbahnen?

Mag. **Candussi**: Wir haben, Gerhard Rüschi, wir haben heute auf der Tagesordnung auch ein Stück, wo es darum geht, dass die GBG eine Menge Freiland in Fölling ankauft, um dort Bauland zu machen. Wir werden diesem Stück auch zustimmen, ich halte es durchaus für sinnvoll, dass die GBG diesen Gewinn für die Stadt erwirtschaftet und dass man das nicht wie bisher anders macht. Aber das ist genau die Geschichte, wir weiten den Siedlungsraum im Bereich Fölling aus und ihr bastelt an einem Konzept, das die ÖV-Erschließung dann in Mariatrost vor dem Kirchberg enden lässt und genau deshalb sage ich, wir werden nicht herumkommen, ob das was kostet oder nicht, den Bereich bis zur Stadtgrenze hinaus zumindest noch besser bis nach Weiz, Radegund, Kumberg etc., was alles draußen ist, ÖV-mäßig vernünftig zu erschließen und nachdem wir das Geld momentan nur einmal in die Hand nehmen können, nehmen wir besser das zukunftssträchtige und weiterreichende Projekt in die Hand (*Applaus Grüne*).

GRin. **Kummer**: Werte Damen und Herren! Bevor wir da über Wurzinger-Therme usw. sprechen, muss ich sagen, dass ich im Gespräch mit Bürgern der Tannhofsiedlung den Eindruck gewonnen habe, dass da sehr viel Falschmeldungen eigentlich in die Bevölkerung geraten sind und zwar...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Ein Beispiel haben wir da.

GRin. **Kummer**: Wirklich, das kam so rüber, dass an der Fläche...darf ich auch einmal was sagen, also ich bin sicher nicht so aggressiv, wie Sie, Herr Kollege Candussi, aber trotzdem ist es ein bisschen schockierend, wenn man das Gefühl hat, die Anrainer glauben, dass direkt neben ihnen jetzt eine Asphaltwüste entsteht und alles, was an Verkehr da reinkommt, fährt direkt durch die Tannhofsiedlung und dann parken die Autos dort alle, das ist das, was die Leute dort glauben, dass ihnen passiert. Aber, wie Sie so schön gesagt haben, Wurzinger-Therme, was das

eigentlich sein soll, was dort entsteht obendrauf, nachdem im Untergeschoss das Parken stattfindet, die Einfahrt dazu vor dem Kirchberg stattfindet und obendrauf das jetzt schon vorhandene Freizeitzentrum vergrößert wird durch ein Freibad. Und es gibt in ganz Graz-Nord kein Freibad. Durch eine erweiterte Freizeitanlage...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Kummer:** Ja, das Ragnitzbad und Mariatrost, das ist aber schon ziemlich weit. Das ist schon weit, von da draußen bis ins Ragnitzbad fahren sie locker eine Viertelstunde mit dem Auto, mit der Straßenbahn müssen sie dann einmal umsteigen, wenn sie vom Einser in den Siebener müssen, also rein grundsätzlich wäre ein Bad dort in Mariatrost für die Anwohner sicher sehr angenehm, genauso gut eine Skaterbahn usw (*Applaus ÖVP*). Aber wie auch immer, es geht in jedem Fall darum, die beste Lösung zu finden, das ist ganz klar und das es immer Lösungen gibt, die irgendwen nicht passen, ist auch ganz klar, aber in dem Moment, wo man auch die Zahlen ein bisschen sich vor Augen führt und dann sagen muss, gut, ich habe da eine Straßenbahnlinie, die schon da ist, ich brauche vielleicht ein paar Straßenbahnen mehr oder längere, die dann weiterfahren, ist immer noch günstiger, als eine neue Linie da irgendwie ins Leben zu rufen, die dann wiederum Feinstaub erzeugt. Weil wenn ein Bus dann durchfährt, dann ist es wieder Straßenverkehr, aber was auch immer, die beste Lösung möge gewinnen. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Also ich will mich jetzt gar nicht über die technischen Details äußern, das Ragnitzbad ist sehr frequentiert von Mariatrosterinnen und Mariatrostern. Sie wissen es selber, weil Sie sind ja auch Mariatrosterin, also es ist ja nicht so außergewöhnlich. Viele fahren übrigens auch nach Kumberg in die andere Richtung, so ausgeschlossen ist es nicht. Mich hätte ja die ganze Zeit nur interessiert, wie man sich vorstellt, wie ein zusätzliches Freibad in Graz finanziert

werden soll und wie vor allem der Betrieb finanziert werden soll, dafür gibt es, meines Wissens jedenfalls, keinen Vorschlag und ich finde es recht ulkig, wenn man versucht, ein Modell, das zuerst nicht sehr geliebt wird in der Bevölkerung und das ist völlig unbestritten, dann versucht, irgendwie zu verbrämen und dann irgendwas herumzudichten, von dem man ohnehin weiß, dass es nicht kommen wird. Was mich noch mehr ärgert dabei und das, finde ich, ist ein Planungsfehler, wir haben vor wenigen Wochen, Monaten einen Bebauungsplan beschlossen, der in einem Bereich liegt, der unmittelbar an der Zufahrtsstraße zum geplanten Park-and-Rideparkplatz anschließt. Die Menschen können sich noch nicht wehren, die vielleicht einmal dort wohnen wollen oder wohnen werden und die sind daher auch bei keiner Bürgerversammlung dabei, und es ist einfach Planungsunfug, neben ein geplantes Siedlungsgebiet einen Park-and-Rideparkplatz zu setzen, der dann sozusagen umschlossen ist von mehreren Siedlungsgebieten. Man kann mit einer gewissen Überheblichkeit vielleicht hergehen und sagen, na gut, die Leute in der Tannhofsiedlung, die sind uns gleichgültig, die in der Mariatrosterstraße sind uns wichtiger. Aber, meine Damen und Herren, so spielt es in Mariatrost leider nicht, weil es gibt viele Bürgerinnen und Bürger an der Mariatrosterstraße, die das auch nicht wollen, was hier geplant ist und die treten auch auf bei den Bürgerversammlungen. Wenn man ein bisschen wach ist und aufpasst hört man die und sieht man die ja auch. Und das Letzte ist, Frau Kollegin, dumm sind die Leute die in der Tannhofsiedlung wohnen, sicher nicht, ich habe dort auch einmal gewohnt, mittlerweile nicht mehr. Ich kann Ihnen garantieren, die wissen ganz genau, was für ein Projekt geplant ist, die wissen ganz genau, wie das Projekt aussieht, sie wissen auch, dass man sich vorstellt, dass man das sozusagen überdecken kann. Jetzt möchte ich eines doch deutlich sagen, der Kollegen Janesic ist ein exzellenter Geschäftsführer einer städtischen Unternehmung und ich sehe (*Applaus SPÖ*) seine Bemühungen als Bemühungen, ein Projekt vorzulegen. Das Problem liegt eher sozusagen im Planungsbereich und er muss ja wissen, was er für einen Auftrag kriegt, meine Damen und Herren. Und es ist selbstverständlich erlaubt, dass man gegen ein Projekt, das vorgelegt wird, Vorbehalte einbringt und schlussendlich auch den berechtigten...

Zwischenruf unverständlich

Dr. **Riedler**: Man kann ja rausgehen, ist ja nicht so schwer und man kann reden, es gibt da sogar ein Mikrofon. Also ich wollte Sie nur darauf hinweisen, dass es natürlich möglich ist, über jedes Projekt zu reden und es stimmt im Übrigen nicht, lieber Kollege Rüschi, was du vorhin gemeint hast, dass es da keine Einwände gegen die Projekte gegeben hat. Ich weiß es deswegen so genau, weil ich zum Beispiel einen genannt habe, und zwar gegen alle Projekte, die hier vorgestellt worden sind, kein Einwand im Konkreten und im Einzelfall, sondern dass sie natürlich überprüft werden müssen und dass sie natürlich in Übereinstimmung mit der ansässigen Bevölkerung zustande kommen müssen. Das ist in diesem Fall schlicht und einfach nicht gelungen, mangelnde Kommunikation und leider auch kein ausreichend gutes Projekt. Es gibt andere Vorschläge, bessere Vorschläge, und es ist ja nicht so, dass man jetzt überhaupt nichts anderes hätte, auch der Herr Janesic hat Vorschläge in der Tasche, soviel ich weiß, die sehr gut sind, die in der Bevölkerung besser akzeptiert werden und noch dazu eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Mariatrost mit sich bringen. Man kann ja zu ihm gehen, er ist ein sehr kommunikativer Mensch, das wird,...

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Riedler**: Nein, ich bin nicht der Verkehrsstadtrat, da würde vielleicht manche Planung auch ein bisschen anders ausschauen. Ich kann nur eines sagen...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Riedler**: Nein Entschuldigung, der Gerhard Rüschi ist ein exzellenter Stadtrat, ich würde nie etwas anders sagen (*Applaus SPÖ*). Manchmal ist er ein bisschen am Holzweg zum Beispiel bei der Behauptung, dass man in den Umlandgemeinden nichts erreichen könnte mit Park-and-Rideparkplätzen, weiß ich auch wieder aus eigener Erfahrung, weil ich sie als Jurist des Landes verhandelt habe. Natürlich geht das, es ist auch erwünscht, weil sich auch die Umlandbürgermeister und die Umlandgemeinden Gedanken darüber machen, wie man mit dem Privatverkehr vernünftig umgehen kann. Also da gibt es überall Lösungen, es wird Anstrengungen brauchen, wir werden zu einem guten Ergebnis kommen und das dann gemeinsam vertreten können (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Es ist leider so, dass wir zwar manches in unserem eigenen Wirkungsbereich erledigen können, dass wir aber, damit wir große Projekte bei der derzeitigen finanziellen Bemessung unserer Mittel überhaupt durchsetzen können, die übergeordneten Gebietskörperschaften brauchen. Und ich möchte ihnen sagen, dass ich auch auf Grund der FAG-Verhandlungen an denen ich jetzt schon fünf Mal teilnehmen durfte, sagen muss, dass wir immer wieder Vorgaben von der Europäischen Union bekommen, die wir zu erfüllen haben, zu denen wir eigentlich gar nicht in der Lage sind sie zu erfüllen. Die ganze Stabilitätspolitik, der wir derzeit ausgeliefert sind, und die Mittelverknappungen in den Aufgabenerhöhungen, können wir genauso wenig mehr erfüllen für den Bürger und die Bürgerin dieser Stadt, wie die Vorgabe, die uns die Europäische Union gegeben hat, nämlich diese Feinstaubreduzierung in dieser Stadt ernsthaft in den Griff zu kriegen, wenn uns nicht das Land, der Bund und die Europäische Union dabei helfen. Und der Kollege Walter Ferk, die Frau Stadträtin Monogioudis und der Kollege Rüschi, drei Stadtsenatsmitglieder, die bemüht sind, im Bereich des Feinstaubes, der Umwelt, der Gesundheit und des Verkehrs Lösungen zusammenzubringen, haben hier Vorgaben, die wir einfach so nicht schaffen werden. Jede Maßnahme wird ein kleiner Baustein dazu sein, keine einzige Maßnahme, die wir schon beschlossen haben und über die wir diskutieren, sollten wir unter den Tisch fallen lassen. Aber Faktum ist auch, dass wir allein in diesem Korridor in Mariatrost zwischen 8.000 und 10.000 Einpendler täglich haben und ich fürchte nur, die ÖVP

kann auch mit einem demokratiepolitischen Prozess leben, wenn dieser Park-and-Rideplatz nicht erwünscht ist, wird er nicht erwünscht sein. Wir wollten als Fraktion aber auf eines aufmerksam machen und der Kollege Riedler hat da etwas anklingen lassen, was ich auch aus dem Bezirk weiß, ob es stimmt, weiß ich nicht, aber ich möchte es dem Kollegen Candussi sagen. Im Bezirk ist über das Projekt Fölling schon diskutiert worden, ich glaube, damals hat es sogar eine Gegenstimme gegeben von Seiten eines grünen Mandatars, man will das nicht haben. Der Kollege Riedler hat jetzt gerade auch richtigerweise gesagt, wir bauen jetzt dort eine Wohnsiedlung und dann wäre es ja verrückt, wenn wir genau in Fölling daneben wieder ein Parkhaus bauen. Viel weiter draußen, das ist alles schön, ich sage nur, in Wahrheit werden wir für die 10.000 Fahrzeuge, derzeit steigende Tendenz, sehr, sehr viele Plätze, also Umsteigplätze brauchen, wir werden sie brauchen in der Region, wo nichts weitergeht, wir werden sie brauchen am Rande von Mariatrost, wo nichts weitergeht und wir werden sie bis da herein brauchen, weil die Menschen einfach von ihrer Mobilität nicht mehr zurückstecken. Ich habe diese Woche...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs... Frau Gemeinderätin, wir sind da einer Meinung, lassen Sie mich nur noch ausreden. Wir haben diese Woche einen Kongress eröffnet, den der Herr Professor List, Gott sei Dank, wieder einmal nach Graz gebracht hat, ich glaube schon zum 16. Mal. Ich habe diesen Herrschaften gesagt, es gibt zwei Personengruppen, nämlich auf der einen Seite Politiker und auf der anderen Seite Wissenschaftler, denen diese Probleme wirklich ein Anliegen sind. Das ist uns ein Anliegen, so wie wir da sitzen, sonst wären wir nicht in der Politik und manchmal denke ich mir, Gott sei Dank, ich habe es den Herren auch gesagt, gibt es die Wissenschaftler, die es zusammenbringen, dass man jetzt schon nur mehr Zwei-Liter-Motoren hat, dass wir jetzt umschalten werden wahrscheinlich auf verschiedene Antriebssysteme, dass wir in Graz besonders stolz sein dürfen, weil die ganze weltweite Forschung zum Thema Wasserstoff auch Dank

unseres FH-Bereiches und all der Dinge, die wir haben, in Graz stattfindet. Aber wir müssen doch der Bevölkerung, und da binde ich schon alle mit ein, auch der Verkehrsreferent des Landes Steiermark ist aus meiner Sicht verstärkt gefordert und auch die Finanzreferentin und alle miteinander, dass wir dieses Thema ernsthaft anpacken. Und ich versuche es auch bei den Finanzausgleichsverhandlungen, das Einzige, was bislang nicht besprochen worden ist im Finanzausgleich, ist das Thema der öffentlichen Verkehrsfinanzierung. Jedes Mal, wenn wir das anschneiden, endet die Debatte sofort, als gäbe es dieses Problem nicht und das ärgert mich ziemlich und das werden wir dort auch noch heftig auszudiskutieren haben. Ich bitte, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass wir als ÖVP in einem Bereich nicht mitgehen und möchte einen Satz dazu ergänzen, weil es leider da bei Punkt a) zusammen steht. Im Bereich der Tannhofsiedlung umgehend einzustellen, dagegen sind wir, aber nicht, um nicht nach realisierbaren Alternativen zu suchen, das will die ÖVP, wird sie und wird auch der Kollege Rüsich selbstverständlich mit mir weitertun (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer:** Ja, es ist sehr viel gesagt worden, vor allem dieses Wohnbauprojekt, alle haben Sie mitgestimmt, dass dort Wohnbau stattfinden kann, damals war noch immer keine Verkehrslösung allein für diesen Wohnbau gefunden und jeder, der das Eck kennt, weiß, dass das eine der schwierigsten Situationen ist, verkehrstechnisch zu lösen. Und für alle, die sich in Mariatrost nicht auskennen. Mariatrost hört nicht vor dem Kirchberg auf, auch nicht hinter dem Kirchberg, sondern Mariatrost geht um Etliches weiter hinaus Richtung Fölling, Richtung Weiz usw.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: *Aber es schaut nach Kirchturmpolitik aus.*

GRin. **Meißlitzer:** Ja von Ihrer Seite, das stimmt, weil wenn ich mir vorstelle, wenn die Parkgarage dort kommt, dann muss man dort zwei Ventilatoren einbauen, damit

überhaupt die Schadstoffe abgeleitet werden können mit dementsprechenden Kaminen, dann schaut das toll aus. Oben die Mariatroster Kirche mit zwei Kirchtürmen und darunter dann die Parkgarage mit zwei Kaminen und da schwimmen wir dann rundherum in der so genannte Therme Wurzingen und wenn jemand sagt, wenn ich eine Freizeiteinrichtung verkaufen will und damit produziere ich dann auch ein Parkhaus und bei dem Parkhaus habe ich dann in der Mariatrosterstraße weniger Verkehr, ja glauben Sie denn wirklich, die Leute, die dann in ein Bad fahren, fahren mit der Straßenbahn da nach Maritrost, nein es wird dann so sein, dass die Leute mit dem Auto von der Stadt nach Mariatrost ins Bad fahren (*Applaus SPÖ*). Also zu dem Verkehrsaufkommen und zur Bürgerversammlung, das war ja sowieso, ich glaube, da stimmen die Informationen absolut nicht, wenn zu einer Bürgerversammlung unterschiedliche Einladungen ausgeschickt werden von einem Bezirksvorsteher und zwar Einladungen an die Bewohner der Tannhofsiedlung und Extra-Einladungen an die Bevölkerung an der Mariatrosterstraße, und aber nicht alle eine Einladung kriegen, dann stimmt doch etwas nicht an dem ganzen Projekt (*Applaus SPÖ*). Ich hätte noch einiges dazu zu sagen, aber ich glaube, die Debatte ist so intensiv geführt worden und ich bedanke mich bei allen Fraktionen, die da mitgehen und damit dazu beitragen, dass einfach die Sicherheit für die Bewohner in Mariatrost und vor allem für die Sicherheit der Aktivbürgerinnen und Aktivbürger dementsprechend auch gewährleistet ist (*Applaus SPÖ*).

Punkt 1a) des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Punkt 1b) wurde einstimmig angenommen.

Punkt 2) wurde einstimmig angenommen.

4) Gleichgeschlechtliche Partnerschaften; Petition an den Bundesgesetzgeber

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ, KPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir gedacht, es wird vor allem der ÖVP-Fraktion leichter fallen, heute zum Auftakt der Herbstsaison sich diesem Thema anzunähern. Ich erinnere an die Worte, ich sage einmal, ich finde es sehr toll, dass der Klubobmann der steirischen ÖVP eine Diskussion im Sommer initiiert hat, die offensichtlich doch breiten Widerhall in Österreich gefunden hat, aber zugleich auch die Verwerfungen innerhalb der Bundes-ÖVP deutlich macht. Ich hätte mir gewünscht, dass den Worten des ÖVP-Landesgeschäftsführers Andreas Schnider, den habilitierten Theologen, um das hinzuzufügen, Rechnung getragen werden würde, dass auch die ÖVP den Wertewandel erkennt und dass Sicherheit auch in einer Gemeinschaft, auch in neuen Gemeinschaftskonzepten durchaus notwendig ist, sie zu stärken und abzusichern und wir sollten uns nicht in starre Ideologiekorsette schnüren lassen, wie er erst dieser Tage in einem Interview im Standard festgehalten hat. Ich sage deshalb auch Verwerfungen, weil der Kollege Drexler offensichtlich in der Minderheit bleiben wird, auch in diesen Tagen, denn die Arbeitsgruppe beim ÖVP-Bundespartei Vorstand, die zum letzten Mal am kommenden Dienstag tagen wird, hat bisher keinen Konsens gefunden und auch der ÖVP-Bundespartei Vorstand wird offensichtlich dem Thema Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften nicht das grüne Licht geben. Was mir wirklich, wenn ich denke an die Wortmeldungen von Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung, wenn ich denke an Wortmeldungen der Mitglieder der Bundesregierung, ich sage: alles durchwegs ÖVP, wenn ich denke an Wortmeldungen von Landeshauptleuten und Landeshauptfrauen inklusive der steirischen, dann tut mir das Leid, dass wir hier diesen gemeinsamen Prozess nicht angehen können. Wenn wir wissen, dass es außer den herkömmlichen Zusammenlebensformen Ehe und Familie auch weitere gibt und die Realität sind und wir nicht die Augen verschließen sollten und dass es höchste Zeit ist für einen Kurswechsel, um noch einmal Schnider zu zitieren. Richtig ist, dass es eine Bandbreite und Entscheidungsmöglichkeit für Lebensformen wie noch nie heute in

Österreich und in Europa gibt, Ehen, Familien, Patchworkfamilien, Alleinerzieher/innen, heterosexuelle Lebensgemeinschaften, homosexuelle Lebensgemeinschaften, Singles, also verschiedenste Lebensformen, die auch Frau und Mann selbst wählen können.

Das einzige, was dem gegenübersteht in Österreich ist, dass neben dem Positiven, dass sie weitgehend gesellschaftlich anerkannt sind, ich zitierte die letzte Umfrage der steirischen ÖVP. Dass zwei Drittel keine Bedrohung der traditionellen Ehe sehen. In solchen eingetragenen Lebensgemeinschaften, dass 63 % einer ausgewählten Zahl von Steirerinnen und Steirern, die, von der steirischen ÖVP gefragt für die Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften sind und es auch nicht, wie gesagt, als Bedrohung sehen und nur 29 % meinen, der Stellenwert der Ehe würde dadurch abnehmen. Und ist vor allem die Zustimmung der Frauen doch höher als unter den Männern und das religiöse Bekenntnis, füge ich hinzu, spielt laut Auskunft der steirischen ÖVP dabei keine Rolle. Also diesem Positivum der gesellschaftlichen Akzeptanz steht in Österreich eine weit weniger positive Besonderheit gegenüber: Denn praktisch die einzige Lebensform, die mit allen Rechten ausgestattet ist und damit praktisch als einzige gleichsam „staatlich anerkannt“ ist, sind Ehe und Familie.

Die Frage zu stellen, ob dies sozial gerecht, ob dies verantwortbar sei, erübrigt sich: Wenn wir davon ausgehen, dass den Menschen unseres Landes, dass den österreichischen StaatsbürgerInnen gleiche Pflichten eingeräumt werden, und es wäre geradezu paradox, diesen StaatsbürgerInnen dann, wenn es um die Wahl der persönlichen Lebensformen geht, ungleiche Rechte zuzugestehen. Ich teile die Meinung von Kollegen Schnider, der da meint, die aktuelle Debatte sei nicht nur angebracht, ich zitiere ihn wörtlich: „Müssen wir uns nicht eingestehen, dass dogmatische Positionen vielfach überholt sind und einer moderneren, liberaleren Auffassung menschlichen Zusammenlebens weichen sollten, wie es außerhalb von Ehe und Familie ja längst Realität ist, vom Gesetzgeber aber einfach nicht wahrgenommen werden will?“

Ich denke, es ist wirklich an der Zeit, dass sich Entscheidungsträger, auch politische vor allem Entscheidungsträger, nicht mehr hinter ideologisch motivierten

Gesetzen verschanzen, sondern neue Regelungen treffen, die dem Bild unserer Gesellschaft entsprechen und die international und europaweit anerkannt sind und Gesetzeskraft erhalten haben und die sozial und ökonomisch auch gerecht sind. Wir sollten nicht in der Defensive verharren, indem wir uns auf bestehende Gesetze versteifen, sondern der Menschlichkeit den Vorrang geben. So habe ich auch die Initiative aus der steirischen ÖVP verstanden.

In diesem Sinne stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion und der beiden angeführten anderen Gemeinderatsfraktionen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition den Bundesgesetzgeber auffordern, raschest möglich, und ich formuliere diesen Antrag sehr sanft, wie die ÖVP-Fraktion weiß, raschest möglich ein Rechtsinstitut „eingetragene Partnerschaft“ für gleichgeschlechtliche Paare nach dem Vorbild europäischer Staaten und Regionen wie Dänemark (seit 1989), Norwegen (seit 1993), Schweden (seit 1995), Grönland (seit 1996), Island (seit 1996), Niederlande (seit 1998), Deutschland (seit 2001), ich bin froh, dass Klubobmann Drexler mir als Grazer SPÖ-Klubobmann das deutsche Gesetz übermittelt hat aus 2001, oder Finnland (seit 2002) zu schaffen. Dies würde vielen Menschen in Österreich rechtlich neue Rahmenbedingungen beschere, die ihnen ein würdevolleres Leben garantieren könnten. Ein Leben, das nicht aufgrund persönlicher Entscheidungen für eine Lebensform automatisch eines erster oder zweiter Klasse wäre. Ich ersuche trotz alledem, ich weiß, welche Reserven und welche Vorbehalte es auch innerhalb der stärksten Fraktion in diesem Haus gibt. Ich habe mich sehr sanft und vorsichtig angenähert der Thematik in den Bewusstsein, wie schwierig es ist zu debattieren, aber die öffentliche Debatte ist ausgelöst worden von eurer Seite, sie ist da, sie ist in Österreich da, sie ist in der Steiermark da, sie beschäftigt alle Parteien, sie beschäftigt Gesetzgeber auf jeder Stufe und ich ersuche noch einmal um diesen gemeinsamen Prozess einer Annäherung, eines Kompromisses im Sinne auch, noch einmal, vernünftige Formulierungen zu finden, um Drexler noch einmal zu zitieren, und diese Frage offensiv anzupacken. In diesem Sinne ersuche ich auch das Haus um Zustimmung für diese Vorgangsweise. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick** zur Dringlichkeit: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Karl-Heinz! Wir werden der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben. Ich möchte mich jetzt gar nicht in die Debatte einlassen. Aber irgendwo ist es für mich schon symptomatisch, dass sich die SPÖ ausschließlich, muss ich fast sagen, mit Themen beschäftigt, die nicht Sache des Grazer Gemeinderates sind (*Applaus ÖVP und FPÖ*). In Graz selber stehen wir vor jedem Problem an, weil sie sich da gegenseitig ständig bremsen und in allen anderen Dingen da werden hier große Worte geschwungen und Petitionen und der Schwarzenegger und ich weiß nicht, was wir da alles behandeln, und die Probleme in Graz selbst werden nicht angegangen. Aus diesem Grund, diese Debatte läuft dort, wo sie laufen soll und wir alle haben die Möglichkeit über unsere Fraktionen, über unsere Parteigremien, das, was wir meinen, was gut ist oder was sein soll, so weiter zu transportieren, aber der Grazer Gemeinderat soll sich mit den Dingen beschäftigen, für die er zuständig ist, wo er Kompetenzen hat und wo er was bewegen kann (*Applaus FPÖ und Teile ÖVP*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Karl-Heinz, du hast in vortrefflicher Weise den Diskussionsprozess, der gerade von der ÖVP losgetreten wurde im Sommer, der jetzt qualifiziert im Gange ist, die ganze Breite der Meinungen wird diskutiert, es werden alle zugelassen und darüber wird gesprochen und sie finden auch statt. Danke, dass du das so vortrefflich analysierst, aber wir, die ÖVP, sehen keinen Grund, dass der Gemeinderat mitten in diesem Diskussionsprozess jetzt eine Festlegung trifft. Wir wollen es ausführlich diskutieren, wir sind daher gegen die Dringlichkeit. Aber selbstverständlich immer und überall stellen wir uns gerne der Diskussion, ich gehe davon aus, dass der Antrag eine Mehrheit finden wird, was die Dringlichkeit betrifft. Wir werden dann auch hier diskutieren können, obwohl ich mich durchaus Uray-Frick anschließe. Wir haben auch andere Themen zu diskutieren (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. Mag. **Taberhofer** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich würde nur gerne noch etwas ergänzen aus unserer Sicht. Ob eingetragene Partnerschaft, Zivilpakt oder Ehe, im Vordergrund müssen eben gesetzliche Veränderungen stehen, um Diskriminierungen auf Grund sexueller Orientierung zu beseitigen. Und wahre Toleranz und Emanzipation muss für alle Menschen eine freie Wahlmöglichkeit in Bezug auf die Formen ihres Zusammenlebens einschließen. Es darf nicht zur Schaffung einer Ehe zweiter Klasse kommen, denn das würde nichts an der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare ändern. Also ein Beispiel, würde ich in der eingetragenen Partnerschaft das Adoptionsrecht ausklammern, dann wäre das schon eine Verschlechterung in Bezug auf die Möglichkeiten, die ich in der Ehe habe, um das nur zu verdeutlichen. Ziel der derzeitigen Debatte muss sein, gleiche Rechte und Pflichten sicherzustellen, und für mich ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung ein Antidiskriminierungsgesetz, damit Homosexuelle wirklich in allen Lebensbereichen einen Schutz vor Diskriminierung bekommen und da schließe ich den Kreis und verdeutliche durchaus, dass in Graz diese Debatte Relevanz hat, nämlich diesbezüglich könnte nämlich die Stadt Graz Vorbildwirkung zeigen und eine Antidiskriminierungsstelle einrichten. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Rücker**: Die Haltung von uns Grünen zum Thema, denke ich mir, ist bekannt, auch die Aktivitäten auf Bundesebene und sonst im Sinne von einer Gleichstellungspolitik, die höchst angebracht ist und eigentlich der aktuellen Zeit entsprechen würde. Offensichtlich ist es nicht ganz so klar bei der ÖVP, wie man sieht auch an den Exodussen, die da so stattfinden, wenn das Thema auf den Tisch kommt, dass innerhalb der Partei wirklich ein sehr breites Meinungsspektrum besteht. Wie wir auch die Diskussion hier herinnen nicht so breit treten, weil die Meinungen sind klar, die Zielrichtung ist klar, eigentlich die Menschen auf der Straße haben schon längst keine Probleme mehr mit dem Thema, das ist eher ein Problem, das anscheinend auf anderen Ebenen noch stattfindet, warum, ist schwer zu erklären. Was wir uns wünschen würden auch von der Sozialdemokratie, wir haben heute schon ein bisschen diese Debatte gehabt, wir würden uns wünschen, dass wir

den Themen, die momentan die Stadt bewegen, auch Raum geben und deswegen wollen wir eine kurze Debatte, weil es gibt eben eine Tagesordnung, die noch da ist und wir wünschen uns, dass wir dort genauso viel Energie hineinlegen. So wichtig das natürlich ist, dass diese Petition durchgeht. Danke.

GRin. Dr. **Sickl**: Es gibt wirklich unterschiedlichste Zugänge in allen Fraktionen zu diesem Thema. Also ich glaube, dass ist überhaupt nicht abschließend behandelt und es ist ein wichtiger Diskussionsprozess. Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, auch aus diesem Grunde, weil heute ein Antrag in der Fragestunde war zum Unterrichtsmaterial betreffend gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und der bedeutet für mich eigentlich Kopfschmerzen, weil in Schleswig-Holstein gibt es das bereits, da hat das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie dementsprechende Kinderbücher und Schulbücher herausgegeben und dort sind eben Kinder und Jugendliche, also denen wird das mitgegeben in der Schule, wo eben drinnen steht, dass Homosexualität, Bisexualität, Heterosexualität sind normale Ausdrucksformen menschlicher Sexualität und seien entsprechend auszuleben und in den Büchern heißt es auch, dass Schwulsein nur eine andere Art zu lieben ist. Was ist die Folge davon? Jugendlichen wird eigentlich eine neue Landkarte in den Kopf gesetzt, das heißt, die Ehe zwischen Frau und Mann ist nichts mehr Besonderes, sie ist nur noch eine von vielen möglichen gleichwertigen und es ist eine der möglichen Lebensweisen. Und ich glaube einfach, dass die Jugendlichen dann anfangen zu experimentieren, sie finden das heraus, sie wissen eigentlich nicht, was sie sind,...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Sickl**: Aber das ist genau das, dass man anfängt damit und das sollte nicht extra gefördert werden. Und ich glaube, das bringt Identitätskrisen und kann bis dahin führen,...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Sickl**: Genau das ist, wie Sie das meinen genau. Also das ist eine tiefe Verunsicherung, die da hervorgerufen wird und ich glaube, das ist einfach nicht gescheit, deswegen sage ich noch einmal, es muss darüber diskutiert werden, aber diesen einen Punkt eben, diese Unterrichtsmaterialien, das lehne ich vollkommen ab und ich glaube, das ist wirklich, wenn man so einen Schritt setzt, einfach, dass das Zusammenleben, also die natürliche Lebensform zwischen Frau und Mann, in Frage gestellt wird. Danke.

Zwischenruf GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger: Wer definiert das? Der Papst?

GRin. Mag. **Fluch**: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich den Äußerungen von Lisa Rücker und der Frau Kollegin Taberhofer voll anschließen, die meint, dass wir eigentlich dringendere Themen behandeln sollten im Grazer Gemeinderat. Sie sagen es, obwohl Sie auch auf dem Antrag draufstehen. Aber es scheint ja offensichtlich riesiges Interesse an der Haltung der Grazer ÖVP in der Frage der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu geben und deswegen werden wir uns natürlich auch nicht verschweigen. Ich vermute eigentlich darin den eigentlichen Hintergrund eines Antrages, von dem man sich wirklich fragt, ob er dringlich ist, wenn er auf der richtigen Ebene bereits diskutiert wird (*Applaus ÖVP*). Lieber Karl-Heinz Herper, du hast so einen vollmundigen Beginn für deinen dringlichen Antrag gewählt. Du sagst, wir brauchen eine ehrliche und komplexe Analyse unserer Gesellschaft, wir sollten uns die Frage stellen, wie wir leben. Ich habe mir eigentlich viel erwartet, als ich diese Einleitung gelesen habe. Zum Beispiel Initiativen zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung, die gerade in Richtung Pensionssicherung enorm wichtig wären, wie sie zum Beispiel auf Landesebene, von Seiten der ÖVP und der gesamten Landesregierung im Rahmen von Kinderleben

gesetzt werden, das wäre eine Antwort darauf. Oder ich hätte mir gewünscht, dass es auch konkrete Vorschläge gibt, welche Maßnahmen gegen Diskriminierung verschiedenster Bevölkerungsschichten man in Graz setzen könnte. Aber weit gefehlt, es war eine vollmundige Ankündigung und dann ging es um eine Forderung, die wir als Grazer Gemeinderat an die Bundesregierung richten sollen, nämlich nach eingetragenen Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare, verstehen Sie mich richtig, ich möchte das Thema nicht irgendwie lächerlich machen, aber auch da sind wir einfach nicht präzise in diesem Antrag. Es steht nicht genau dabei nach welchem Vorbild, sondern es werden verschiedenste internationale Modelle genannt, die sich untereinander einfach heftig unterscheiden. In den Niederlanden gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren, in Deutschland gibt es das nicht. Karl-Heinz Herper hat gesagt, er hat eine Formulierung gewählt, die besonders sanft gewesen sei, ich sehe sie eher als flapsig, als unpräzise, vielleicht auch unernst (*Applaus ÖVP*). Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Debatte ist da, ja, und die ÖVP führt diese Debatte, sie war auch Themenführer bei dieser Debatte. Die anderen Parteien sind in dieses anfängliche Sommerthema miteingestiegen. Wir beschäftigen uns intensiv mit den Fragen, durchaus auch mit den einzelnen rechtlichen Materien, die hier angesprochen sind. Irgendwie gäbe es eine kleine Sensation, wenn jetzt wirklich die auf dem Antrag angeführten Parteien diesem Antrag in dieser Form zustimmen, wenn ich mich richtig befasst habe mit den Vorschlägen, die es auf Bundesebene gibt und da haben ja Gusenbauer und Van der Bellen ja durchaus unterschiedliche Meinungen vertreten, gibt es diese Einigkeit auf Bundesebene nicht. Denn nach meinem Wissen verlangt zwar die SPÖ auf Bundesebene die eingetragenen Lebenspartnerschaften, aber die Grünen auf Bundesebene, die verlangen einen Zivilpakt, der nicht nur für die homosexuellen Partnerschaften gilt, sondern auch für die heterosexuellen, also da ist man auf Bundesebene weit auseinander, aber für eine Zeichensetzung, von der ich behaupte, eigentlich geht es nur darum, dass man ein bisschen die ÖVP reizen will, das gelingt nur nicht, ist man da auch gemeinsam auf einem Antrag. Es wäre eine Sensation, wenn da wirklich eine Linie in Graz herauskommt, die auf Bundesebene so nicht vorhanden ist, wenn ich das richtig sehe (*Applaus ÖVP*). Aber zum eigentlichen Punkt, den homosexuellen Partnerschaften, und wie man auch mit diversen Diskriminierungen, die da sein mögen, mit diversen Wünschen, die von Seiten Initiativen homosexueller Menschen an uns herangetragen werden, wie man damit

umgeht. Es gibt hier die Haltung des Herrn Bürgermeisters, der auch ein gläubiger Katholik ist und dessen Haltung einfach auch mit Respekt zu sehen ist, vor allem auch vor dem Hintergrund dessen, dass er sicherlich der Erste ist, der sich gegen jede Diskriminierung auf Grund einer sexuellen Orientierung aussprechen wird, das muss einfach sehr klar gesagt werden (*Applaus ÖVP*). Das Zweite, es muss auch dem Herrn Bürgermeister als unserem Fraktionsführer zugute gehalten werden, dass er den Wert der Familie in der Form einer auf Dauer angelegten Partnerschaft zwischen Männern und Frauen mit Kindern, dass er diesen Wert betont und sagt, dass das für die Gesellschaft wichtig ist, das ist ja etwas, das, glaube ich, auch unbestritten ist (*Applaus ÖVP*). Ganz selbstverständlich ist es für uns, dass wir natürlich einen Wertewandel in der Gesellschaft genauso mitverfolgen. Es ist für uns selbstverständlich, dass es andere Lebensformen gibt, es ist für uns selbstverständlich, dass es einen Wert hat, wenn Menschen in verschiedenen Lebensformen füreinander Verantwortung übernehmen. Es ist von verschiedenen dieser Lebensformen die Rede, von Patchworkfamilien, Lebensgemeinschaften, Stieffamilien, im Übrigen auch Geschwister übernehmen oft Verantwortung füreinander, das hat einen gesellschaftlichen Wert und das steht überhaupt außer Zweifel, dass das diskutiert werden soll und dass vor allem jene Lebensformen, und da sind wir zum Beispiel bei allein erziehenden Müttern, aber eben auch Vätern, dass die Unterstützung brauchen in verschiedenen Formen von Familienförderung etc., das steht völlig außer Frage. Wenn es jetzt um diese eingetragenen Partnerschaften von homosexuellen Paaren geht, dann steht sehr oft im Hintergrund, dass Paare auch ein Zeichen setzen wollen, dass sie sozusagen zueinander gehören. Das ist das, was in der Öffentlichkeit momentan sehr stark auch im Mittelpunkt steht, dahinter, auch das ist unbestritten, gibt es Schicksale, die gar nicht so ohne sind, wenn wir nämlich davon sprechen, dass zum Beispiel bei homosexuellen Paaren ein Partner krank wird, dann im Krankenhaus ist, ein Partner verstirbt, dann geht es um die Nachfolge im Wohnungsrecht, das sind die konkreten Fragestellungen, um die es eigentlich geht. Es geht im Übrigen, Frau Kollegin Sickl, schon auch darum, dass Jugendliche ihre sexuellen Regungen manchmal nicht einordnen können, gerade auch angesichts der Debatte nicht wissen, was ist so eine freundschaftliche Regung, was ist wirklich eine homosexuelle Veranlagung, dass es da auch Beratungsangebot braucht und das gehört zu der Pluralität dieses Themas dazu. Das sind für mich die Themen, die wirklich ernsthaft und im Detail mit allen rechtlichen Konsequenzen zu

untersuchen und zu beachten sind, sehr oft ist da die Bundesebene gefordert und sind nicht wir gefordert, ich komme dann auf die Graz-Ebene noch einmal zurück. Auf der anderen Seite gibt es so öffentlichkeitswirksame auch Demonstrationen und auch Veranstaltungen, wie den Lifeball, der einen höchst positiven Hintergrund hat, weil es da um das wichtige Thema AIDS geht, das aber nicht nur homosexuelle Paare betrifft, sondern inzwischen auch in heterosexuellen Paaren ein Thema ist. Das sind aber sehr oft Dinge, wo einfach in der Öffentlichkeit mehr der Eventcharakter zählt als die Problematiken und die tatsächlichen Schwierigkeiten für Menschen, die dahinterstehen und da unterscheide ich auch ganz gerne einmal zwischen den tatsächlichen Anliegen und Bedürfnissen von Menschen in bestimmten Lebensformen und auf der anderen Seite etwas, das einfach sehr grell in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Wir als ÖVP sind ernsthafter mit dem Thema befasst und möchten lösungsorientiert vorgehen. Es hat Karl-Heinz Herper angesprochen, dass es ihm eigentlich um einen gemeinsamen Prozess ginge, dieser gemeinsame Prozess wäre jederzeit möglich, wenn es irgendwo einen Graz-Bezug gäbe. Wenn es darum ginge, wie gehen wir mit Gemeindewohnungen um, werden irgendwelche homosexuellen Personen benachteiligt bei der Aufnahme in den städtischen Dienst, das sind Fragen, die uns hier in Graz berühren würden, da könnte man jederzeit darüber reden und da wäre jederzeit auch der Bürgermeister der Partner. Bei den Fragen, die momentan auf Bundesebene diskutiert werden, sage ich auch, es gibt keine ganz einheitliche Meinung in der ÖVP, aber wir wissen uns da ganz einig mit der Frau Landeshauptmann, die sagt, bei uns gibt es Offenheit, Freiheit der Meinung und Diskussion und das Gespräch (*Applaus ÖVP*). Ich habe eingangs gesagt, ich habe eigentlich eine Vermutung. Die Vermutung war einfach, dass man uns ein bisschen so auf die Probe stellen wollte, es kommt ja sonst selten vor, dass der Grazer Klubobmann unseren steirischen ÖVP-Geschäftsführer so häufig zitiert, wie es diesmal der Fall war, so wie wir auch, wir haben auch Kontakt zu unserer Landespartei. Es wäre natürlich schön gewesen, wenn es die Schlagzeile geben könnte, dass es einen Zwist gibt zwischen der ÖVP auf Bundes-, auf Landes- und auf Stadtebene. Nein, diesen Zwist gibt es nicht, sondern wir reden miteinander, das ist die wichtigste Aussage (*Applaus ÖVP*) und es wäre schön gewesen, wenn es die Schlagzeile gegeben hätte, dass sich jetzt irgendwie die ÖVP Graz aufspaltet, da gibt es ja in anderen Fraktionen auch die eine oder andere Erfahrung dazu, aber es tut mir Leid, auch das passiert nicht. Lisa Rücker, es stimmt, wir haben auch in der

Grazer ÖVP und auch jetzt im Vorfeld die Diskussion geführt, es wäre, wenn der Antrag anders formuliert gewesen wäre, vielleicht auch eine Möglichkeit gewesen, dass wir diesen offenen Diskussionsprozess sogar gezeigt hätten, indem eine Grazer ÖVP vielleicht auch unterschiedlich abgestimmt hätte, immer abgestimmt mit dem Herrn Bürgermeister, denn dass wir hinter ihm stehen, das ist ganz klar, da gibt es überhaupt nichts und da lassen wir uns nicht auseinander dividieren. Leider hat uns Karl-Heinz diese Vorgangsweise unmöglich gemacht mit seiner eben flapsigen Formulierung, wo wir sagen, eigentlich wüssten wir da nicht, wofür dann jemand wäre, der eigentlich in dieser Frage eine sehr liberale Haltung einnimmt. Wir sind mitten in einem Diskussionsprozess, wir werden die berechtigten Anliegen von Menschen, die sich diskriminiert fühlen auf Grund ihrer sexuellen Neigung weiterhin einfach beachten und daran arbeiten, wir werden auf allen Ebenen uns bemühen, dass wir vor allem zu rechtlichen Gleichstellungen kommen, dort, wo sie notwendig sind, wir werden sie nicht fordern, wo sie bereits da sind, das wird ja in der Diskussion auch oft vergessen und wir werden sehen, durch welche Vorgangsweise schneller konkrete Verbesserungen erreicht werden. Durch unsere Diskussion, in die einfach die Bundesregierung sehr stark eingebunden ist, oder durch eine weitere Petitionen an die Bundesregierung, die, wie ich fürchte, irgendwo in einer Schublade landen wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Liebe Eva-Maria, vielleicht kann ich gleich mit der Fragestellung, die du aufgeworfen hast, wo denn hier der Graz-Bezug wäre, anfangen und erlaube mir, hier nur zwei Aspekte einzubringen. Der Graz-Bezug, denke ich mir, ist einerseits gegeben, weil wir einfach nicht die Augen verschließen können davor, dass 10.000 bis 20.000 Grazerinnen und Grazer, wenn man bei einer Schätzung von fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung die homosexuell veranlagt sind, ausgehen, dass also 10.000 bis 20.000 Grazer/Grazerinnen davon betroffen sind, dass sie tagtäglich Abwertung erfahren und dass sie diskriminiert werden. Ich denke mir, wir unterteilen die Bevölkerung in Graz nicht in die, für die wir uns einsetzen und in die, für die wir uns nicht einsetzen, insofern ein erster Punkt. Ein zweiter Punkt ist, wir erleben seit Jahren, dass bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten sich viele so das Fähnchen oder den Orden der Menschenrechtsstadt immer anheften,

dann, wenn es passt und da wird viel erzählt, wie toll Graz ist als Menschenrechtsstadt; wir befinden, einer Menschenrechtsstadt steht es einfach gut an, auch Stellung zu beziehen, in aktuellen gesellschaftspolitischen und rechtlichen Fragestellungen und nicht nur Stellung zu beziehen sondern sich auch hier aktiv einzusetzen. Kollegin Sickl hat das Unterrichtsmaterial angesprochen, das ja nicht Teil jetzt dieses Antrages ist, trotzdem bin ich einigermaßen verwundert ob der Beispiele, die Sie gebracht haben, also verwundert über Ihr Kopfweg, wie Sie es genannt haben, dass Sie bei den Beispielen aus dem deutschen Bundesland bekommen, weil Tatsache ist, Frau Kollegin, dass ja nach wie vor auch in unserer Menschenrechtsstadt Schwuler, Warmer usw. Schimpfworte sind. Das kommt nicht von ungefähr, man verwendet Schimpfworte nicht, wenn das eine völlig gleichberechtigte Lebensform wäre (*Applaus SPÖ*). Und Tatsache ist auch, dass ich kein Kopfweg davon bekomme, wenn Jugendlichen mitgeteilt wird, dass homosexuell Lebende und homosexuelle Liebe eine normale Liebe wie jede andere auch ist, deswegen, weil wir auch nicht die Augen verschließen dürfen zum Beispiel, und erlauben Sie mir, dieses drastische Beispiel zu bringen, Tatsache ist, dass sich in Österreich nach wie vor Menschen, die eigentlich homosexuell leben und lieben wollen, sich selbst umbringen, weil sie einfach den Druck nicht aushalten und insofern ist es mir nur Recht, wenn Jugendliche einfach mitbekommen, dass das eine ganz normale gleichwertige Liebe ist und einfach ein Stück weit Druck von ihnen auch genommen wird. Und, liebe Eva-Maria, du hast das Mietrecht und das klassische Beispiel angesprochen mit dem Krankenhaus und mit der Intensivstation und mit den Auskunftsmöglichkeiten für die Angehörigen, es geht dabei nicht darum, einzelne Gesetze nur zu durchforsten und hier nach Diskriminierungsaspekten zu suchen, sondern es geht schon einfach auch darum, dass homosexuell Lebende und ihre Partnerschaft einfach anerkannt wird, und das schaffen wir noch nicht allein dadurch, dass wir das Mietrecht ändern oder die Auskunftspflicht im Krankenhaus ermöglichen. Und eines, es wird ja immer so ausgespielt quasi, die Anerkennung und rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften würde die heterosexuelle Partnerschaft oder die Ehe abwerten. Ich sehe die Abwertung erstens nicht und zweitens wird nie in der Diskussion eingebracht oder selten eingebracht, dass ja Homosexuelle, die in Partnerschaften leben und die eine eingetragene Partnerschaft eingehen wollen, ja nicht nur das Recht haben wollen und endlich Gleichberechtigung haben wollen, sondern dass sie damit auch bereit sind, Pflichten

zu übernehmen. Sie sind nämlich dann bereit, das, was Heterosexuelle, die verheiratet sind, nämlich auch an Pflichten übernehmen, gegenseitig füreinander zu sorgen bis dahin, dass man rückzahlungspflichtig ist für diverse Sozialleistungen und, und, und. Das heißt, es geht nicht nur ums Einfordern von Rechten und endlichen Umsetzung von Gleichstellung, sondern es ist eine sehr große Bereitschaft da, die auch damit verbundenen Pflichten zu übernehmen, und hier kann ich einfach nicht verstehen, warum wir nicht einfach unserem Herzen und den Köpfen einen Stoß geben können oder ihr euren Herzen und Köpfen nicht einen Stoß geben könnt und Rechte ermöglicht, die einfach Menschen zustehen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Herper:** Eigentlich wundere ich mich über die Reflexe der ÖVP-Fraktion. Eigentlich wundere ich mich nicht. Ich weiß ja, dass das alte und neue Denken geht quer durch die Bevölkerung, quer durch alle Fraktionen und auch die der Grazer ÖVP. Ich hätte mir gewünscht, weil es einen Unterschied gibt, ob man diskutiert und das sind Lebensfragen bitte, oder über ein Grundstück oder einen Beschluss diskutiert oder über eine Straßenkreuzung, und das ist bei Lebensfragen eigentlich so etwas wie einen Klubzwang gar nicht geben sollte oder dieses eingezwängte Denken, wir sind die Grazer ÖVP und deswegen darf es das nicht geben, was es nicht gibt und die Wirklichkeit darf sich auch nicht abspielen. N, ich sage es nur. Und wegen flapsig, Eva-Maria, wegen flapsig bitte, ich zitiere den Schnider, den Drexler im Wortlaut und dann sagt die eigene Grazer ÖVP, du bist ein Flapsiger, das ist eine lockere Formulierung. Lest eure Spitzenfunktionäre der steirischen ÖVP einmal, die sagen das die ganze Zeit in Interviews, in Anträgen, in Diskussionen, dann zitiere ich die Herrschaften, dann sagst du drauf als Mitarbeiterin der Frau Landeshauptmann in engstem Nahbereich der Frau Landeshauptmann, sagst du dann drauf, flapsig. Dann tauscht euch einmal untereinander aus, was flapsig ist. Na ich sage es ja nur, weil ihr seid ja wirklich witzig, ich muss das schon sagen, ihr seid auf eine eigenartige Art von Ängsten und Reflexen geplagt, es hilft ja alles nichts, das muss man einfach wahrhaben, das ist die Wirklichkeit und mit der muss man sich auseinander setzen. Und wenn die Maxie mir unterstellt, eh zum x-ten-Male, jetzt beschäftige dich einmal endlich mit dem eigenen Wirkungsbereich und setze Maßnahmen. Ich verweise auf den Heinz Schaden, ich habe den Magistratsdirektor vorhin gefragt, Graz vorbildlich,

was das Dienstrecht betrifft, vorbildhaft Landeshauptstadt Graz. Aber wir sollten auch unabhängig von der Diskussion auf Bundes-, Landesebene oder sonst wo, da können wir eh nur mit klein hineinspucken, aber das, was wir im eigenen Bereich tun können, ist für mich die logische Konsequenz. Die Salzburger Landeshauptstadt macht eigene Initiativen darüber hinausgehend, Entgegenkommen beim Mietrecht, Abbau der Diskriminierung, freiwillige Einräumung, das kann man alles selbständig tun, das wäre eine Initiative für den Bürgermeister. Mehr wünsche ich mir gar nicht und was euch als ÖVP betrifft, ihr habt nächste Woche Landesparteitag, der Klubobmann der steirischen ÖVP hat heute angekündigt, er wird es zum Thema machen in den nächsten Tagen, weil er möchte eine Mehrheit zumindest für seine Ideen, seine Vorstellungen, seine Vision auf dem Landesparteitag der steirischen ÖVP haben. Ich wünsche euch viel Glück in der Diskussion der nächsten Tage, ich hätte mir gewünscht, ihr wärt offener, moderner, bereiter gewesen heute. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

5) Erhaltung der Zweigstellen der Stadtbücherei

GR. Mag. **Fabisch** stellt namens der KPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stadt Graz hat einen Kulturauftrag, der sich nicht auf Kunsthaus, Oper, Stadthalle und Events beschränken darf. Gerade die städtischen Büchereien mit ihren Zweigstellen in den Bezirken leisten sehr viel, um der Bevölkerung Information, Wissen und Literatur für alle Altersstufen zukommen zu lassen. Dieses Angebot kommt vor allem auch kinderreichen Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen zu Gute.

Unserer Auffassung nach ist es falsch und für die Zukunft unserer Kinder höchst problematisch, im Zuge der so genannten Aufgabenkritik Zweigstellen der

Stadtbibliothek zu schließen. Den Bücherbus dorthin zu schicken, wo eine Zweigstelle der Bücherei geschlossen wurde, wäre ein Rückschritt.

Wie sensibel diese Frage ist, zeigen die vielfältigen Initiativen zur Erhaltung der Büchereien in den Bezirken.

Deshalb stelle ich namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ und Grünen folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt jede Einschränkung und Veränderung des bestehenden Angebotes von Zweigstellen der Stadtbibliothek ab (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Auch im Namen meines Kollegen Karl-Heinz Herper darf ich bekannt geben, dass wir im Hinblick auf die Aufgabenkritik, die im Gange ist, und zwar weil dort sich leider eine andere Lösungsnotwendigkeit abzeichnet, in diesem Zusammenhang gegen die Dringlichkeit dieses Antrages sind.

GRin. Mag. **Uray-Frick** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Wir werden gegen die Dringlichkeit stimmen, irgendwo muss man schon sagen, der Gemeinderat konterkariert sich schon selber. Wir beschließen eine Aufgabenkritik und dann kommen in jedem Ausschuss, in jeder Sitzung Anträge, aber das nicht, das nicht, dann lassen wir es so, wie es war und fahren schön eine Schiene, als ob der letzte Tag wäre.

Mag. **Fabisch**: Ich weiß nicht, ob jetzt der letzte Tag anbricht, weil man die Büchereien in Graz erhält. Ich erinnere daran, dass es schon Initiativen, also Kämpfe der Bewohner gegeben hat um diese Einrichtung. Zum Beispiel im Jahr 1977 am

Berliner Ring, wo sich die Einwohner durch einen gemeinsamen Zusammenschluss soweit gefunden und erreicht haben, dass der Bücherbus ersetzt wurde durch eine fixe, feste Bücherei. Ich bin sehr gespannt, wie Sie den Menschen draußen am Berliner Ring das erklären werden, dass man Ihnen nach 27 Jahren das wieder wegnehmen wird. Also für mich, meine Damen und Herren, ist es eine Verhöhnung aller Grazerinnen und Grazer, denen man im Jahr 2003 unter Verwendung von großartigen Geldmitteln weisgemacht hat, Graz ist so eine Kulturhauptstadt, ihnen im Jahr 2004 oder 2005 die Büchereien zu schließen (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

6) Arbeitskreis „Sicherheit“

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Grund meines Antrages ist der, dass ich in den Sommermonaten über mit Menschen gesprochen habe, Zeitungsartikel gelesen habe und es kommt eigentlich immer wieder darauf hin hinaus, dass es in Graz immer mehr Raub, Einbrüche, Drogenkriminalität, Körperverletzung, Betrügereien gibt und es sind so viele Meldungen, ich will auch sagen, Falschmeldungen, man weiß es ja nicht, dass das der Anlass oder der Grund meines Antrages ist. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! 5.000 bis 6.000 Ladendiebstähle pro Jahr in Graz, Tendenz steigend, 5.500 Anzeigen bei der Grazer Polizei wegen Taschendiebstahls. Gestohlen wird, so scheint es zumindest, alles, was nicht niet- und nagelfest ist. Und auch bei schwerem Gerät wird nicht Halt gemacht, es werden immer mehr Baumaschinen, zuletzt eine tonnenschwere Walze, entwendet. Diebstähle, die nach Angaben der Polizei, zum Teil der so genannten Beschaffungskriminalität zuzuordnen sind, zum Teil auf das Konto organisierter Täter aus dem Osten gehen. Daneben stehen aber auch Einbrüche und Raubüberfälle,

Nötigung, gefährliche Drohung, Körperverletzung und Vergewaltigung nahezu auf der Tagesordnung.

Die Kriminalstatistik für das letzte Halbjahr 2004 verzeichnet einen Anstieg der Zahl an Straftaten von 6,6 Prozent. Es ist nicht verwunderlich, dass auch in Graz, so wie in anderen Städten Europas, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schwindet. Verständlich ist daher der Ruf nach mehr Schutz, mehr Sicherheit, mehr Polizei. Diese reagiert auch mit Schwerpunktaktionen, verstärkte Streifen zeigen sogar Erfolge. Vorsichtsmaßnahmen wie das Verschließen von Handtaschen, die getrennte Aufbewahrung von Bankomatkarte und Code werden über die Printmedien empfohlen.

Ein Blick über den Stadtrand hinaus zeigt, dass nicht nur in Graz die steigende Kriminalität zum Problem wird, dem es sich zu stellen gilt. Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden, deutsche Städte wie Frankfurt und Stuttgart haben zum Teil interessante und durchaus nachahmenswerte Lösungsansätze gefunden. So wird vor allem der Kriminalprävention größte Beachtung geschenkt, auch gibt es Ordnungsämter, Sicherheitstelefone und Präventionstage, bei denen sich Experten austauschen. Auch in Österreich ist man nicht untätig, bereits 1998 wurde der Verein „Das österreichische Zentrum für Kriminalprävention“ gegründet.

Ich glaube, dass sich auch der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz dem Thema Kriminalität und Sicherheit widmen muss. Dabei sollte in Anlehnung an den Arbeitskreis Feinstaub der Weg des gemeinsamen Miteinanders frei von parteipolitischen und ideologischen Zielen gewählt werden. Ein Arbeitskreis Sicherheit, dem jeweils ein Mitglied aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Vertreter der Bezirke und der Polizei sowie Experten angehören, sollte sämtliche Ansätze, die erfolgversprechend sein könnten, prüfen, in anderen Städten recherchieren und auch unter Einbeziehung der Bevölkerung ein so genanntes Sicherheitspaket schnüren.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, einen Arbeitskreis einzurichten mit dem Ziel, in Graz die steigende Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen. Dem Arbeitskreis sollen Vertreter aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Vertreter aus den Bezirken, der Grazer Polizeidirektion sowie namhafte Experten angehören. Der Arbeitskreis soll spätestens bis zum Ende dieses Jahres dem Gemeinderat einen Zwischenbericht liefern und darin unter anderem berichten, wann mit einem für den Gemeinderat beschlussreifen Endbericht, dem so genannten Grazer Sicherheitskatalog, zu rechnen sein wird.

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Ich sage das vorweg, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, obwohl das, was ihr da hier vorgelesen habt und fordert, bereits existiert und vom Bürgermeister bereits eingerichtet ist. Es gibt sowohl ein Jour fixe, das zwischen dem Magistrat, der Polizei, Bürgermeisteramt stattfindet, als auch die ARGE City, zu der alle Klubs eingeladen sind und auch die Einladungen immer wieder ergehen, wo die Gemeinderatsklubs Vertreter von diversen Hilfsorganisationen, Polizei, Politik jeweils zusammenkommen. Also jeder, der dort gerne eingeladen werden möchte zu dieser ARGE City, ist herzlich willkommen. Man kann das im Bürgermeisteramt hinterlegen, wenn das die Bezirksvertreter sein sollen, dann sollen es die Bezirksvertreter sein. Also man kann diesen Kreis gerne erweitern, insofern uns das Thema Sicherheit eben ein Anliegen ist und wir nicht wollen, dass da jemand behauptet, wir wären nicht für die Sicherheit, werden wir dieser Dringlichkeit zustimmen. Nur wie gesagt, diese Arbeitskreise existieren bereits, man kann sie entsprechend erweitern. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, nicht weil wir nicht sehen, dass die Kriminalitätsentwicklung nicht unbedingt positiv ist, aber weil wir uns doch, was der Begriff der Sicherheit und die Ursachen für Kriminalität und die Hintergründe, warum die Entwicklungen sind, wie sie sind, ich denke mir, diametrale unterschiedliche Einschätzungen haben und deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, wir sehen, dass einiges geschieht, dass einige Aufgaben dort abgewickelt werden, wo sie hingehören und die Frage von sozialer Sicherheit hat, und viel breiter anzugehen ist, wenn man das wirklich in präventiven Form angehen will. Danke.

GR. **Herper:** Thomas Rajakovics kann ich zustimmen, die SPÖ-Fraktion wird auch der Dringlichkeit, die Frage für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gar keine Frage, Sicherheit ist ein vorrangiges Thema. Die Arbeitsgruppen, Arbeitskreise bestehen. Ich bin ja froh, dass wenigstens die FPÖ, liebe Andrea Sickl, jetzt offensichtlich von dieser wahnsinnigen Geschichte mit der Bürgerwehr jetzt nun doch endgültig Abstand genommen hat und sich konstruktiv in eine Arbeit hineinbegibt und Vorschläge macht. Aber über was ich mir, was unsere Fraktion am meisten freut, ist ja, dass endlich unsere Forderungen, das ist eine gemeinsame Forderung aus der Stadt, danke Herr Bürgermeister, du warst auch immer ein Unterstützter, aber dass unserer Forderung nach mehr Polizei in dieser Stadt nun endlich Rechnung getragen wird und dass dieses Denken, dieses neue Denken auch in der Bundesregierung Widerhall gefunden hat durch mehrmalige Interventionen aus der Stadt (*Applaus SPÖ*), mit der Stadt und ich bedanke mich bei dir, Herr Bürgermeister, dass sich der Innenminister beim Finanzminister durchgesetzt hat, es gibt jetzt mehr Polizei, Polizistinnen und Polizisten, und wir werden auch in Graz mehr haben, auch das soll ein Beitrag zur Sicherheit sein, auch das wird selbstverständlich von uns positiv gesehen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Danke, Karl-Heinz Herper, du weißt, wir sind immer für mehr Personal, aber sie sollen alle gut eingesetzt sein.

GRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gemeinderätin Dr. Sickl! Wir werden der Dringlichkeit und auch dem Antrag zustimmen. Auch wenn wir wissen, dass natürlich die Ursachen von Kriminalität und alles, was mit Unsicherheit in dieser Gesellschaft zusammenhängt, auch Ursachen hat. Aber ich denke, dass es notwendig ist, auch zu überlegen, wie wir der Grazer Bevölkerung Angebote und konkrete Hilfestellungen geben können und vor allem auch Ansprechpersonen, weil das nimmt tatsächlich zu, dass einfachste Delikte, die Bewohnerinnen und Bewohner in Graz sich alleine gelassen fühlen, und die BezirksmandatarInnen können davon ein Lied singen, dass dann die Leute zu ihnen in den Bezirksrat kommen und in Wirklichkeit sich da in Stich gelassen fühlen, also angefangen von Fahrraddiebstählen. Und die wissen in Wirklichkeit aber auch nicht, was sie tun sollen, weil jene, die eigentlich für Ordnung und Schutz der Grazer Bevölkerung da sein sollen, die Grazer Polizei, offensichtlich nicht in der Lage ist, dem wirklich gerecht zu werden und wenn hier so ein Arbeitskreis auf der einen Seite ermöglicht, mehr Druck auf den Bund auszuüben, dass es vielleicht zu mehr Personal bei der Polizei kommen kann, ist es gut, beziehungsweise vielleicht gibt es auch noch andere Wege und Möglichkeiten. Also zumindest Reden ist nie verkehrt, auch wenn es sicherlich nicht alle Probleme, die es gibt, lösen wird, also das müssen wir sehen, weil die Ursachen liegen natürlich ganz woanders auch (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich darf vielleicht selbst noch anführen, diesen Arbeitskreis, dieses Joure fixe etc. gibt es, ich bin gerne bereit, dass man das ausweitet. Es ist mir nämlich insofern auch wichtig, gerade weil die Frau Klubobfrau Kahr das jetzt gesagt hat, vielleicht verstehen dann auch manche Mandatarinnen und Mandatare aus den Bezirken und des Gemeinderates die Probleme der Polizei und die Forderungen der Polizei etwas genauer, weil wir ja auch im Gemeinderat ab und zu Forderungen der Polizei diskutieren und auch da nicht immer die Zustimmung bekommen und es für die Polizistinnen und Polizisten auch nicht immer motivierend ist, wenn man nicht komplett hinter ihnen stehen. Also es wird da sicherlich genügend Gelegenheit geben, sich mit der Polizei und deren Problemen auch auszutauschen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. Dr. **Sickl**: Ich möchte mich auf der einen Seite bedanken für die Unterstützung, dieses Jour fixe usw., ich meine, das höre ich jetzt zum ersten Mal. Ist auch vielleicht das Problem, dass wir eine kleine Fraktion sind und dass es vielleicht nicht so wichtig ist, dass man uns auch Ergebnisse weitergibt. Dennoch meine ich, auch auf Grund der vielen, vielen Zeitungsmeldungen dürfte es da scheinbar noch keine Ergebnisse geben, weil zusammensitzen und dann irgendwie keine Ergebnisse haben beziehungsweise keine Verbesserungen vorzufinden, das ist natürlich auch irgendwo ein Thema, das dort diskutiert werden muss und deswegen, es gibt so viele Ansätze, es ist dieses Stuttgarter Modell, gibt ein Pilotprojekt „Sichere Gemeinden“ in Hartberg, Knittelfeld, also es gibt wirklich viele gute positive Ansätze und mir ist es auch bewusst, dass man auch soziale Maßnahmen setzen muss. Dass das nicht nur alles über die Polizei geregelt werden kann, sondern dass auch die Bevölkerung miteinbezogen werden muss. Dass man einfach schauen muss, wo gibt es wirklich, Lend, Gries gibt es vielleicht andere Probleme als in anderen Bezirken. Und das würde ich eben in diesem Arbeitskreis als sehr wichtig empfinden, dass man das dort bespricht und dann auch eben mit einer Zunge spricht, wenn es darum geht, um mehr Polizisten und mehr Personal, weil es steht zwar in der Zeitung drinnen. 1800 Polizisten werden gestrichen vom Grasser, der Strasser sagt nein, es kommen 40 neu nach Graz, also es ist alles irgendwie, es steht viel in den Medien, man weiß nichts Konkretes und das würde ich eben auch in diesem Arbeitskreis gut finden, wenn man das da eben alles durchbesprechen kann und dann, dass jeder auch den gleichen Stand hat, was jetzt wirklich vor Ort mit der Bevölkerung gesprochen wird. Weil das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung das wird immer weniger und wenn man dann sieht, was wo überall alles gestohlen wird, dann ist natürlich das ein Problem und ich glaube, da sollten wir als Gemeinderat uns gemeinsam für eine Lösung einsetzen. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin. Erfolge hat es in der letzten Zeit große gegeben, auch bei der Polizei und der Polizeidirektor, so wie ich ihn kenne, und sein Team gibt auch Ihrer Fraktion und Ihnen jederzeit gerne Auskunft über die Entwicklungen, aber wir werden das ja in Zukunft gemeinsam besprechen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Änderung des Statutes der Landeshauptstadt Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der Finanzreferent hat uns heute in der Früh um 8.15 Uhr im Finanzausschuss eine Hiobsbotschaft überbringen müssen, dass die verlorenen Millionen, die der Finanzminister zur Zeit sucht, dass sich das natürlich auch in Graz niederschlagen wird. Es steht eine Zahl von 10 Millionen Euro im Raum und ich glaube, gerade das ist auch ein wichtiger Grund für uns als politisch Denkende in der Stadt, auch ein Zeichen zu setzen, um eben diese Einsparungen, die wir von der Verwaltung, die wir von den Beamten dieses Hauses, des Magistrates verlangen, dass auch wir hier ein Zeichen setzen und ich habe hier eben den Antrag zweigeteilt, der erste wäre, dass wir konkret auf einen Teil des Gemeinderates verkleinern, dass wir den Gemeinderat reduzieren und dass wir auch den Stadtsenat von neun auf sieben Mitglieder reduzieren. Weil nur so kann man auch der Bevölkerung und den Beamten hier im Haus auch deutlich machen, dass wir auch als Politiker bereit sind, am eigenen Leib zu sparen. Das wäre der erste Teil des Antrages, der zweite Teil des Antrages beschäftigt sich auch, so wie es heute sehr viel im Haus diskutiert wurde, über neue Lebensformen, so gibt es auch in der Politik neue Formen. Das Verhältniswahlrecht, das ja seit 1945 gilt, hat sicher lange Zeit gute Dienste erwiesen, nur jetzt zeigt es sich, dass es sowohl im Land, im Bund gibt es das ja nicht, aber dass es sowohl im Land als auch in der Stadt nicht mehr ein System ist, mit dem sehr viel

weitergebracht wird. Wir spüren das immer wieder, das ist auch heute in einigen Wortmeldungen wieder gekommen, dass dieses Verhältniswahlrecht eher eine Blockierung darstellt und deshalb von mir der

d r i n g l i c h e A n t r a g ,

der Gemeinderat möge eine Petition beschließen, an den Bundesgesetzgeber heranzutreten, das Verhältniswahlrecht zugunsten eines Mehrheitswahlrechtes zu ändern. Ich bitte um Annahme.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Mag. Korschelt! Also die sozialdemokratische Fraktion ist ja bereit, die Dinge anzupacken und hat es auch schon in mehreren Wortmeldungen, Vizebürgermeister Walter Ferk, Finanzstadtrat Wolfgang Riedler in der Frage der Reduktion dieses Stadtsenates beziehungsweise auch dieses Gemeinderates als Thema angesprochen. Nur so in der Art und Weise, wie das heute da daherkommt, ist es nicht nur hatschert, sondern das ist eine Zumutung. Herr Kollege, flapsig ist was anderes, weil da geht es nicht um Grundstücke, da geht es nicht um Kleinigkeiten, da geht es um das größte Demokratie- und Verfassungspaket, das wir jetzt zu schnüren haben. Und zwar sollten wir das innerhalb von Minuten und Stunden tun, weil im Halbstundenrhythmus kommt dann immer ein Abänderungsantrag zum Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion und Ergänzungen und dann schon mit Konkretisierungen und wir stecken mitten in der Aufgabenkritik, nämlich mit der Bearbeitung der beamteten Vorschläge. Wir haben noch gar nicht die politische Dimension erreicht, geschweige denn in der Stadtregierung, geschweige denn der Strategiekommission und schon haben wir konkrete Vorschläge, auf welche Zahlen genau zu reduzieren sein wird, was ich ja für sehr interessant finde, wie der Prozess gesehen wird. Da können wir uns ja gleich auf den Holzweg begeben dann offensichtlich, wenn man die Aufgabenkritik so sieht, sagen wir nein bei den Stadtbibliotheken, und dann bringt die eigene Mehrheitsfraktion im Hause schon ein, wie man genau das tut, was in der Aufgabenkritik in den Beamtenvorschlägen steht und zum Teil schon mit fixen Zahlen. Also ich kann mir vorstellen, das so zwischen

Tür und Angel und so auf die Schnelle so eine Horuck-Entscheidung mit einem Dringlichen so auf die Schnelle zu erledigen, halte ich nicht nur für fahrlässig sondern für demokratiepolitisch wirklich nicht gerade für die Selbstverständlichkeit. Wir haben gesagt, wir sind für die Reduktion des Stadtsenates und des Gemeinderates und wir erledigen keine Auftragsarbeiten von anderer Seite, sage ich einmal auch, sondern wir beschäftigen uns mit dem eigenen Haus, wir beschäftigen uns mit den eigenen Vorgaben, wir beschäftigen uns mit den eigenen Inhalten. Wir haben eine logische Konsequenz aus der Aufgabenkritik vorgenommen politisch, auch als Stadtregierung, ich hätte mir gewünscht von der ÖVP-Fraktion, die die Mehrheit stellt in diesem Haus, als Mehrheitsfraktion, wir hätten politische Gespräche geführt, bevor wir auf die Schnelle dringliche Abfertigung und gleich die Proporzregierung auf Gemeindeebene erledigen, weil die ist ja nicht vergleichbar mit der Landesebene. Vielleicht ist das den Verfassungs- und Rechtskundigen im ÖVP-Klub auch klar, dass es da ja ganz klare verfassungsrechtliche Vorgaben gibt zum einen, dass man unterscheiden muss zwischen Landes- und Gemeindeebene, lieber Peter Piffel, und zum anderen ist mir ja auch diese Zeitung in die Hände gefallen, die ja vielleicht doch Lesestoff für einige birgt, nämlich die Bürgermeisterzeitung mit dem Bild des Grazer Bürgermeisters vom Städtetag in Bregenz, mit Berichterstattung vom Österreichkonvent und Gemeinden, natürlich mit dem Thema, das heute im Dringlichen angesprochen ist, unter Vorsitz des Bürgermeisters, der Bürgermeister selber Mitglied des Österreichkonvents bis vor 14 Tagen, kundiger Vertreter des Städtebundes und der Landeshauptstadt Graz, und ich lese da zum Beispiel, Ausschuss 3, ganz interessant, Universitätsprofessor Dr. Gerhard Holzer, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, der bekannt gibt, dass der Österreichkonvent seine Arbeiten Ende 2004 vorlegen wird in einem Bericht und dass es unterschiedliche Positionen gibt nämlich zu der Thematik, über die wir heute zu befinden haben. Wo heute schon Fixempfehlungen in einem Dringlichen beschlossen werden sollen, sagt Holzinger, unterschiedliche Positionen zum Thema Mehrheitsverhältniswahlrecht, ich rede erst gar nicht von Briefwahl oder Ausländerwahlrecht oder 16 Jahre Wahlrecht und dann wird als dringende Forderung des Österreichkonvents, so habe ich es verstanden, so verstehe ich auch den Bürgermeister immer in seinen Äußerungen, dass natürlich auch eine Einheitlichkeit des Wahlrechtes in allen allgemeinen Vertretungskörperschaften angestrebt wird, das heißt, also vom Nationalrat über den Landtag bis zu den Gemeinderäten. Also ich will keine Solopartien und ich will auch

nicht, dass man hier sozusagen die Aufgabenkritik einerseits konterkariert, bevor sie überhaupt noch politisch begonnen hat, sie zu Ende zu führen und zum anderen, dass der Österreichkonvent, der sich eingehend mit der Frage des Proportionalrechtes, Verhältnismehrheitswahlrecht beschäftigt und eine Vorlage gibt, dass wir schon vorpreschend schon eine Position vertreten und sagen, das spielt sich da bei uns so oder so nicht ab. Das halte ich eigentlich für eine Vorgangsweise, die nicht, sage ich einmal, Birnen und Äpfel vermischt wieder einmal und damit ist es für uns nicht gerade das, was zu entscheiden ist. Die Direktwahl des Bürgermeister, die uns auch vor zwei Stunden ins Haus gesegelt ist, durch einen Abänderungsantrag, Ankündigung eines Abänderungsantrages der ÖVP, ist ja noch gar nicht geklärt, wie dies im gegenwärtigen Statut wirklich verankert werden sein soll, weil es gibt unterschiedliche Befindlichkeiten, Konsequenzen, jeder, der Direktwahl hat weiß das und Berichterstattung aus anderen Bundesländern ist uns bekannt. Will man ein zahnloses Stadtoberhaupt, will man ein allmächtiges Stadtoberhaupt, welche Konsequenzen sind das als Entscheidungsorgan für den Gemeinderat. Wir haben eine andere Position, wie ihr wisst, seit Jahren vertreten, wir haben immer gesagt, die mandats- und stimmenstärkste Fraktion soll den Bürgermeister stellen, damit würde auch das entwürdigende Feilschen, Teilzeitlösungen oder Kuhhandel ein Ende haben. Deswegen sagen wir, also bei der Geschichte Proporz gibt es für uns bislang keine Zustimmung, über Reduktion haben wir das angesprochen durch die Spitzenrepräsentanten Ferk, Riedler, wie notwendig das ist, wir halten das auch, deswegen meinen wir, dass wir auch eine getrennte Abstimmung vornehmen beim FPÖ-Dringlichen, zweigeteilt, dass wir durchaus eintreten in die politischen Verhandlungen, aber das soll am Ende eines Prozesses, jetzt mit der Aufgabenkritik, stehen, ein großes Demokratie- und Verfassungspaket inklusive der Zusammenlegung von Ämtern dieses Hauses. Das sollte am Schluss stehen, nicht am Anfang der Aufgabenkritik, bevor sie noch politisch behandelt ist, bevor sie noch in die Stadtregierung kommt, werden bereits Vorbeschlüsse gefasst. Am Schluss der Aufgabenkritik, die jetzt ansteht im Herbst, die in engem Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Budgets 2005 gesehen werden muss, muss am Ende ein solches große Demokratie- und Verfassungspaket stehen mit der Zusammenlegung von Ämtern, das wünschen wir uns und das fordern wir auch. Deswegen werden wir, wie gesagt, der Dringlichkeit die Zustimmung geben, weil wir der Ansicht sind, es muss geredet, es muss verhandelt, es muss politisch

geredet werden, weil es auch notwendig ist, es macht auch Sinn über Reduzierungen zu reden, es wird auch Sinn machen, über das zu reden, was wir als das politische Wahlrecht bezeichnen, aber da ist der österreichische Verfassungskonvent unser Stichwortgeber. Und eines sage ich auch, liebe Freunde von den anderen Fraktionen, insbesondere der ÖVP, es wird sich ja am kommenden Dienstag erweisen und wir werden sowieso davon abhängig sein, was auf Landesebene passiert, dort, wenn eine Vorgangsweise gewählt wird, wird es der Stadt Graz sowieso nichts anders übrigbleiben, als diesen Weg entweder mitzugehen oder sich zu verweigern. Wenn es Vorschläge gibt, die im Landtag beschlossen werden, so werden wir unseren Beitrag auch in kritischer Form als Stadt Graz einbringen, wir sind zur Veränderung bereit, aber sie muss Hand und Fuß haben, aber sie darf nicht Husch-Pfusch sein und das ist eine solche. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Dass es sich hier um ein wichtiges Thema handelt, das zeichnet sich ja ab. Ich glaube, da brauchen wir gar nicht mehr viel Worte verlieren. Immerhin ist es so ein wichtiges Thema, dass ein Teil unserer Zeit fast wortident damit verbracht wird und ich darf da Pressekonferenzen, Pressemitteilungen deines Parteiobmannes, Karl-Heinz Herper, unseres Walter Ferk, hier zahllos zitieren. Verkleinerung des Gemeinderates, Verkleinerung des Stadtsenates. Unsere Freunde hier von der kommunistischen Partei, wenn wir die gleiche Meinung haben, dann dürfen wir jedenfalls Freunde sein, wir haben die gleiche Meinung, auch die kommunistische Partei, und da brauche ich gar nicht fantasieren, ich habe hier ein ganz authentisches Zeugnis, eine Presseaussendung vom 16.9.2004, aktueller geht es gar nicht, du hast die Bürgermeisterzeitung von gestern, heute Presseaussendung, ich zitiere: „Gemeinderat und Stadtregierung müssen durch ihr Beispiel zeigen, dass die Spargesinnung ernst gemeint ist“, deshalb fordert die KPÖ Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder und, Karl-Heinz, nicht die Reduzierung, sondern von neun auf sieben. Und wortident x-mal eine Meinung von deiner Fraktion, von unseren Freunden bei der sozialdemokratischen Partei, gleiche Meinung unsere Freunde der freiheitlichen Partei, wir sind uns alle einig und, lieber Karl-Heinz, es gibt ein

lateinisches Sprichwort und das zeitlos ist: „Bis dat, quis cito dat, wer schnell gibt, gibt doppelt“. Reißen wir uns beim Riemen, gehen wir mit dem richtigen Beispiel voraus und wir haben eine sehr ernste Aufgabe, ich meine, auch diese Frage ist sehr ernst. Nur wir können bereits entspannt, was die Verkleinerung des Gemeinderates betrifft, entspannt sein, wir sind einer Meinung. Und auch unsere Freunde von den Grünen...

Zwischenruf GR. Herper: Peter, FreundInnen.

Dr. **Piffl-Percevic**: Entschuldige, bitte mir noch einmal zu verzeihen, unsere FreundInnen, schwarzer Bruder, grüne Freundin, ich schau die Presseaussendung der Grünen, von wann die stammt, das kann ich jetzt nicht auf die Schnelle feststellen, aber sie ist brandaktuell und vor allem, sie ist eine freundschaftliche Aussendung. Weg mit dem Proporz. Graz braucht eine demokratiepolitische Offensive, die Grünen Graz unsere Freunde. Selten ein Fall, wo wir uns einer Meinung sind. Nochmals, es ist kein leichtfertiges Thema, es ist ein sehr ernstes Thema und vor allem ist es ernst, weil es der Wähler draußen ernst damit meint, er fordert von uns und wir haben ein ganz großes Vorhaben beschlossen, die Aufgabenkritik, die heute schon mehrfach zitiert wurde. Eine kleine Korrektur, lieber Karl-Heinz, du hast gesagt, Zahlen usw. wichtig bei den Zahlen sind die Vorzeichen, ob Plus oder Minus, der Antrag mit den Bibliotheken war ein Antrag, der in die falsche Richtung geht, dieser Antrag geht kerzengerade mit unserem freundschaftlich erarbeiteten Papier der Aufgabenkritik genau in dieselbe Richtung. Und deswegen sollten wir jetzt ernst machen damit, wir sollten ernst machen damit, wie lange sollen wir noch warten? Und du hast selber den 21. September genannt, ein ganz spezielles Datum, denn dort wird der Wahrheitsbeweis anzutreten sein für die demokratiepolitische Gesinnung, eine einmalige Gelegenheit in dem Land, wo ein Antrag von der Frau Landeshauptmann und unseren engeren Freunden von der Volkspartei im Landtag eingebracht werden wird...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Jetzt erst wissen wir, was du mit Freunden meinst.

Dr. **Piffl-Percevic**: Na ja, es gibt natürlich solche und solche, auch bei den Freunden, aber wenn man einer Meinung ist, dann soll man sich freuen und da soll man nicht herumreden. Am 21. wird die nächstmögliche Landtagssitzung sein und es wird ein Demokratiepaket dort eingebracht werden. Ich bin auch der Meinung, man soll sich Dinge gut überlegen, aber es ist die nächstmögliche Chance und, lieber Karl-Heinz, wir sind schon wieder wortgleich, wenn du sagst, eure Meinung und ihr habt einen Abänderungsantrag oder Zusatzantrag eingebracht, den haben wir noch gar nicht verlesen, das machen wir dann gleich nach der Beschlussfassung über die Dringlichkeit, da sind wir uns ja auch einer Meinung, dort hast du jetzt schon in Vorwegnahme ausgeführt dein Zusatzantrag, in einem Punkt sind wir mit der Motivation wieder einer Meinung. Die stimmenstärkste Partei soll den Bürgermeister stellen und nichts anders (Applaus ÖVP) ist unser Zusatzantrag und wir können dann...

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Wortgleich euer Vorschlag, ich lese, die stimmenstärkste Partei soll den Bürgermeister stellen. Die perfektteste Art, die konsequenteste Art, dass die stimmenstärkste Partei den Bürgermeister stellt, ist die Bürgermeisterdirekterwahl. Ich glaube, da gibt es wohl keinen Widerspruch.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: O ja...

Dr. **Piffi-Percevic**: Also, Stimme ist Stimme, wir haben ja gleich Gelegenheit, darüber noch zu sprechen. Ich komme zum Schluss meiner Wortmeldung, ich freue mich, dass wir alle, zumindest, was die Dringlichkeit betrifft, einer Meinung sind. Danke (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das eine ist eine Persönlichkeitswahl, das andere eine Listenwahl.

GRin. **Kahr**: Ich danke für den humorvollen Beitrag von Herrn Klubobmann Piffi-Percevic, ich habe nämlich sehr viel übrig für solche Sachen, trotzdem muss ich schon eines sagen, ich gehe auf der anderen Seite auch sehr ernsthaft an die Dinge heran und das Thema ist sehr ernst. Man soll natürlich bei aller berechtigten Polemik und politischen Spielen, das ist alles legitim, aber man muss auch bei der Sache bleiben. Und die schaut in der Vergangenheit hier im Haus schon so aus und das ist jetzt nicht, weil wir da so supertoll sind, dass wir schon in der Periode 1993 auf 1998 immer wieder betont haben, dass eine Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder sinnvoll wäre und haben das dann auch 1998 weiter gefordert, obwohl es unseren eigenen Sitz betroffen hätte. Ich möchte da jetzt gar nicht groß sagen, wer da alles dagegen geredet hat im Haus, aber wir versuchen, wenn wir zu einer Meinung kommen, bei der zu bleiben und zwar aus einem ganz einfachen Grund, weil die Menschen draußen, und weil hier so viel von wichtigem Thema, ernstem Thema, wir sind uns einig, so geredet worden ist, die Menschen draußen sind sich in einem einig, dass, wenn von ihnen verlangt wird, zu sparen oder einzusparen, dass hier die Politik mit gutem Beispiel vorangehen soll und das war für uns, und das ist die Triebfeder für uns, wenn wir solche Vorschläge machen. Die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder hat ganz konkret kein geringes Einsparungspotential für die Stadt. Die Reduzierung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte hier im Haus, davor würde ich wieder warnen, das ist ein demokratiepolitischer Schritt, der sehr zu hinterfragen ist, sehr wohl aber kann man darüber reden, wenn wir sagen, Kürzung der Gehälter und der Funktionsbezüge von MandatarInnen bis hin zu

Bezirksvorstehern, auch das ist ein Einsparungspotential (*Applaus KPÖ*) und ich möchte hier nur in Erinnerung rufen, damit nicht immer, weil alle KollegInnen sind ja nicht immer beieinander, wenn man solche Sachen vorträgt, wir haben am 27. 2. 2003 nach der Gemeinderatswahl bei den ersten Parteiengesprächen ganz konkret gesagt, Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder, Begrenzung der Beschäftigtenzahl in den politischen Büros, Verhandlungen über eine Reduzierung der Gehälter beziehungsweise Funktionsbezüge von Stadtsenatsmitgliedern, GemeinderätInnen und Bezirksvorstehern. Damals hat man uns gesagt, es ist populistisch. Faktum ist aber, genau das ist...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Kahr:** ...das ist es nicht, sondern das geht in die Richtung, dass man die Spargesinnung ernst nimmt bei den Politikerinnen und Politikern und nicht Schritte setzt, die demokratiepolitisch bedenklich sind. Weil genau das ist es, wenn man davon spricht, von Mehrheitswahlrecht, das ist, wenn man von der Bürgermeisterdirektwahl redet usw. In einem Punkt bin ich mit den Freunden von der ÖVP und auch mit der FPÖ eins, was die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder betrifft, aber den anderen Punkten können wir leider nicht zustimmen. Und ich muss auch eines sagen, diese unzähligen Abänderungs- und Zusatzanträge, die da jetzt gekommen sind, erschweren einem das sehr und es wird dann später, hoffe ich doch, eine Initiative kommen, die die Diskussion auf einen Platz verweist, wo sie hingehört und das ist der Verfassungsausschuss. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder:** Also ich lasse mich jetzt nicht verleiten und begrüße nicht mit Freundinnen und Freunde. Bedürfnis nach Freunden und Freundinnen ist sehr groß bei Ihnen, Herr Klubobmann, und bei der KPÖ, merke ich auch, die kriegen auch immer mehr Freundinnen und Freunde, ist wirklich revolutionär und jetzt sage noch

einer, die KPÖ sei nicht eine revolutionäre Partei. Also die FreundInnen der FPÖ hast du begrüßt, na gut, man lernt, das ist ja kein Problem, Freundschaft ist eh was Schönes. Zur Dringlichkeit oder zum dringlichen Antrag der FPÖ möchte ich Folgendes sagen, also es ist schon in höchstem Maße erstaunlich, aber für mich natürlich auch in höchstem Maße unglaublich, wenn eine Partei, die jahrelang am Futtertrog des Proporz hängen und es sich gut gehen lässt, dann, wenn sie reduziert wird auf ein Minimum, plötzlich merkt, na der Proporz ist es ja wirklich nicht, weil wir sind jetzt völlig draußen aus der ganzen Geschichte und jetzt tun wir uns ganz schön schwer und jetzt beginnt die Partei, die FPÖ, mit dem Vorschlag, weg mit dem Proporz. Punkten zu wollen, also die Glaubwürdigkeit ist da überhaupt nicht gegeben und ich möchte Ihnen nur sagen, Sie sitzen einem großen Irrtum auf, meiner Meinung nach, denn das Problem ist nicht, dass die Verhältnismäßigkeitswahl eine gute Politik blockiert, sondern das Proporzsystem blockiert eigentlich die ganze Politik, weil das hat der Grazer Gemeinderat ja immer wieder auch erlebt, Proporz kann ja auch heißen, ich brauche nicht einmal ein Regierungsprogramm und kann regieren. Proporz kann heißen, Austauschprojekte zu machen zwischen den zwei großen Parteien und drum ist mir schon klar, warum die SPÖ sich mit dem Proporz jetzt so schwer tut. Ist gut nachvollziehbar, es ist nicht so zu glauben, wenn demokratische Gremien verkleinert werden, dass dadurch die Politik besser wird. Das ist für mich ein Gefasel, Entschuldigung, das heißt, dass überhaupt nicht, und ob das jetzt populistisch von der KPÖ ist, möglicherweise ist es das, oder von den anderen. Wissen Sie, was es wirklich heißt, wenn sie durchbringen wollen, dass diese Gremien verkleinert werden, Stadtregierung und Gemeinderat, dass Sie die Opposition schwächen wollen und genau darum geht es. Ja glauben Sie, wir wüssten nicht, worum es Ihnen geht, sich im warmen Nest wohlfühlen und die Opposition zu schwächen. Die Politik, die Krise der Politik lösen Sie nicht damit, indem Sie Gremien verkleinern wollen, das möchte ich Ihnen schon mitgeben. Es gibt einen gravierenden Mangel in einem entwickelten Parlamentarismus, nicht nur hier in dieser Stube, sondern auf allen Ebenen. Der Landtagswahlkampf ist offenbar ausgebrochen und der muss jetzt unbedingt auch hier auf dieser Ebene heruntergebrochen werden und geführt werden. Also ich halte es für eine Zumutung, uns das hinzuklatschen, ohne mit uns die Gespräche zu führen, das bestätigt meine Meinung, dass hier die Opposition weiterhin geschwächt werden soll mit so einem Verkleinerungsantrag. Im Übrigen möchte ich daran erinnern, dass Sie es waren und

nicht wir Grünen, die den Antrag eingebracht haben, dass dringliche Anträge um 15.00 Uhr am Vortag abgeliefert werden sollen und Sie klatschen uns, wie der Karl-Heinz gesagt hat, alle halben Stunden kriegen wir irgendeine neue Abänderung Ihres Antrages, ja so kann man nicht arbeiten und so kann man auf keinen Fall mit so einer wichtigen Sache, wie sie uns hier vorgelegt wurde, vorgehen. Dringlich ja, diskutieren müssen wir dieses System, das ist überhaupt keine Frage, insofern haben Sie Recht, inhaltlich kann ich Ihnen nur beim Proporz Recht geben und sonst nirgends.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber nach dem d'Hondtschen Verfahren, wenn Sie es durchrechnen, ist das sogar sehr minderheitenfreundlich, wenn sie reduzieren. Es würden in dem Fall FPÖ und Grüne profitieren (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die ÖVP-Fraktion dieses Hauses hat bereits dem Herrn Bürgermeister, auch den Klubobmännern und –frauen liegt das schon vor, einen Abänderungsantrag zum Antrag vom Kollegen Korschelt und einen Zusatzantrag übergeben und ich darf den nun geschäftsordnungsmäßig zur Verlesung bringen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den Antrag, der Gemeinderat möge in Abänderung beziehungsweise Ergänzung des genannten Antrages beschließen, der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz wird beauftragt.. und ich darf Ihnen jetzt schon sagen, ich habe Signale, dass die freiheitliche Partei übereinstimmt mit diesen Vorschlägen, weil sie zumindest gleichlautend und noch ein bisschen weiter gehen. a) in Abänderung der Ziffer 1: an den Steiermärkischen Landesgesetzgeber mit dem Ersuchen heranzutreten, zum Zwecke einer demokratiepolitisch vertretbaren Reduktion der Mitglieder des Stadtsenates von neun auf sieben Mitglieder die entsprechende Novellierung des Statutes der Landeshauptstadt herbeizuführen, b) ebenfalls in Abänderung der Ziffer 1, die Mitglieder des Gemeinderates von 56 auf 48

Mitglieder herabzusetzen und dann kommt die Ziffer c), ich weiß, es ist zum Teil verwirrend, aber Frau Kollegin Kahr, ein Teil dieser Verwirrung ist die Bereitschaft gewesen der kommunistischen Freunde mitzugehen bei der Verkleinerung des Stadtsenates, deswegen haben wir das auseinanderdividiert, jetzt sind noch mehr Punkte. Ein bisschen unfair, dass Sie diese Vielfalt jetzt kritisieren. Wir wollten wieder einmal Ihnen entgegenkommen, aber Sie nehmen den Ball nicht auf. Wir wollten auch Ihnen, Frau Kollegin von den Grünen, entgegenkommen und der Herr Bürgermeister hat es schon angedeutet, in einem Punkt stimme ich schon zu, wenn Sie das noch nicht durchgerechnet haben, was diese Verkleinerung für die kleineren Parteien betrifft, das sind Sie, Frau Kollegin Binder, mit Ihrem Klub, der freiheitliche Klub, aber auch die Kommunisten verlieren bei den vorgeschlagenen Änderungen, Sie verlieren weder im Stadtsenat, das glaubt man nicht, noch im Gemeinderat einen einzigen Abgeordneten. Das heißt, im Stadtsenat würde es nach wie vor drei für die ÖVP, um einen weniger, zwei für die SPÖ um einen weniger und zwei für die KPÖ stehen, gleich viel Mitglieder des Stadtsenates und beim Modell, auf 48 Sitze zu gehen, muss ich mich lediglich, was die kommunistische Partei betrifft, sie würde zwei von den zwölf Mandaten verlieren, sie hätte nach wie vor zehn, und höre und staune, Frau Kollegin Binder, ich gebe Ihnen das gerne in die Hand, wir haben sozusagen vorgerechnet, Sie könnten nachher gleich mit uns stimmen, weil die letzte Unklarheit wäre beseitigt, Sie behalten ihre vier Sitze, auch die Freiheitlichen behalten ihre vier Sitze, wo liegt das Problem?

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Wir sind nicht am Viehmarkt.

Dr. **Piffli-Percevic:** Herr Kollege Candussi, das war eine faire Antwort auf die Befürchtung der Frau Kollegin Binder, dass die kleinsten Parteien damit unter die Räder kommen. Ich bin in der glücklichen Lage zu sagen, dass das so nicht der Fall ist, nicht mehr und nicht weniger (*Applaus ÖVP*).

c) Dritter Punkt der Abänderung: ...an den Bundesverfassungsgesetzgeber heranzutreten, ein Mehrheitswahlrecht statt des bisherigen Verhältniswahlrechtes bei der Bildung des Stadtsenates zu beantragen. Ein Punkt, zu dem sich die Frau

Kollegin Binder gerade vorbehaltlos bekannt hat. Also wieder eine Gemeinsamkeit und dann ein Zusatzantrag, der tatsächlich etwas über das Bisherige hinausgeht, aber es ist schon angeklungen, der Zusatzantrag betrifft die Bürgermeisterdirektwahl, und seit dem Jahre 1994 hat der Bundesverfassungsgesetzgeber dem Landesverfassungsgesetzgeber eingeräumt die Möglichkeit, das heißt, mit zwei Dritteln in eben der genannten Landstube nebenan zu beschließen, dass der Bürgermeister von Graz oder auch von anderen Gemeinden in der Steiermark, das sind auch verschiedene Gesetze, das kann man auch isoliert machen durch die meisten Stimmen in einem gesonderten Wahlgang, gewählt wird. Das ist direkte Demokratie, das ist Mehrheitswahlrecht, auch der Bundespräsident wurde mit einem Mehrheitswahlrecht, hat die meisten Stimmen, die im zweiten Wahlgang abgegeben wurden und ist hervorragend demokratisch legitimiert. Das sind unsere Vorschläge. Dazu müssen ohnedies in den zuständigen Gremien noch viele Details besprochen werden, auch durchaus begleitend mit uns und wir gehen davon aus, dass selbstverständlich vor einer Beschlussfassung im Landtag oder im Nationalrat mit uns noch gesprochen wird. Das ist ein langer Weg und er ist deswegen auch lang, weil, und das wurde heute noch nicht gesagt, diese Maßnahmen, selbst wenn sie morgen beschlossen würden, erst nach der nächsten Gemeinderatswahl wirksam werden. Also da haben wir eine lange Zeitspanne und es ist daher eine echte Vorausleistung, zusätzlich dazu müssten wir selbstverständlich, Kollegin Binder, all das einlösen, was wir in der Aufgabenkritik vorhaben und ich kann nur nochmals Sie ersuchen, so rasch als möglich an diese Sache heranzugehen, und das ist eine Entwicklung in die richtige Richtung und der Wähler wird es uns allen danken. Denn das ist die Antwort auf eine Demokratieverdrossenheit, die vorzufinden ist, das ist die richtige Antwort auf gewisse Ineffizienzen, die der Wähler und die auch wir immer wieder auch in der Stadtregierung oder in den Landesregierungen vorfinden. Tirol, auf der Landesregierungsebene, Tirol, Vorarlberg und Salzburg haben bereits das Verhältniswahlrecht bei der Entsendung der Mitglieder in die Landesregierungen abgeschafft und interessanterweise auch ein Detail, weil wir heute schon gefragt wurden, da müssen sich sofort welche zu fürchten anfangen. Der Herr Landeshauptmann Van Staa hat die Möglichkeit gehabt, nach der letzten Wahl zumindest eine Fraktion, die Freiheitlichen oder die Sozialdemokraten, verfassungskonform aus der Tiroler Landesregierung „auszuschließen“, nicht aus dem Landtag, er hat davon nicht Gebrauch gemacht. Er hat, weil alle Kräfte

kooperieren können, alle in die Regierung genommen und selbstverständlich schwebt uns auch so eine Lösung vor, aber auch die Variante, dass es eine echte Mehrheitsbildung gibt in der Regierung, um die Arbeitsfähigkeit zu garantieren. In diesem Sinne, Sie sehen, ein Vorschlag für ein ausgewogenes Demokratiepaket, niemand wird ausgeschlossen, alle sind Freunde, stimmen Sie dafür (*Applaus ÖVP*).

GR. Herper: Lieber Peter! Die heutige erste Sitzung des Grazer Gemeinderates ist nicht der erste Grazer Verfassungskonvent, ich will mich auch nicht auf einen, davon verstehe ich auch zu wenig, auf einen Dialog mit dir einlassen. Ich stelle nur fest, wir reden heute auch nicht über den neuen Stadtpräsidenten. Was ich nur weiß von meiner Fraktion, auf Landesebene, nachdem du das angetönt hast von den Änderungen des Proporz in Salzburg und Tirol, hatten wir eine Enquete und das, was für uns unabdingbar ist in der Frage für uns als sozialdemokratische Fraktion, wenn wir über die Frage reden, nämlich die Stärkung der Minderheitenrechte, die Stärkung und Förderung der direkten Demokratie, ist dort nicht in der Weise erfolgt und die Klagen nachträglich sind bekannt und deswegen muss man das alles in einer Gesamtschau sehen. Man kann nicht einfach horuck irgendwo durchfahren. Ich entschuldige mich auch bei den KollegInnen, ich sage es einmal, weil die einen haben Freundinnen und Freunde, die anderen haben Partner, bei den KollegInnen, Klubobfrauen und Klubobmännern, dass ich diesen Zusatzantrag, der aus der Hektik der letzten Minute entstanden ist und der eine Notmaßnahme ist, nicht zureichen konnte, es sind zwei Sätze. Ein Zusatzantrag zum dringlichen Antrag vom Kollegen Mag. Korschelt. Zusatzantrag: „An den Landesgesetzgeber ist mit dem Ersuchen heranzutreten, das Statut der Stadt Graz dahingehend abzuändern, dass die mandatsstärkste Gemeinderatsfraktion, bei Mandatsgleichheit die stimmenstärkste Fraktion der Landeshauptstadt Graz, den Bürgermeister stellt und die zweitstärkste Fraktion den Bürgermeister-Stellvertreter. Bei Verzicht der jeweiligen Gemeinderatsfraktionen auf diesen Anspruch ist die jeweils nächststärkere Gemeinderatsfraktion berechtigt, den Bürgermeister beziehungsweise den Bürgermeisterstellvertreter zu stellen. Ich bitte, auch diesen Antrag in Arbeit zu nehmen. Danke.

GRin. **Binder**: Ja ich habe es schon angesprochen, dass die Diskussion um so ein heikles Paket eigentlich wirklich Zeit braucht und Sie Herr Klubobmann Piffel-Percevic haben mir ja auch indirekt Recht gegeben. Also nehmen wir uns die Zeit, es muss nicht heute sein, Ruck-Zuck und aus dem Ärmel geschüttelt. Schauen wir uns die Sache grundsätzlich an, das ist uns ein großes Bedürfnis, keine Frage, wir haben das auch immer wieder signalisiert, haben auch wirklich gesagt, eine demokratiepolitische Offensive, gemeinsam noch besser als allein, das ist keine Frage und weil ich glaube, dass wir hier wirklich sehr grundsätzlich diskutieren müssen, möchte ich einen Antrag gemäß § 20 Geschäftsordnung für den Gemeinderat stellen. Und zwar im Namen auch der SPÖ und der KPÖ, damit die Möglichkeit gegeben wird, diese Materie vernünftig zu diskutieren, stelle ich den dringlichen Antrag, dass dieses Paket vertagt wird und zum Zwecke der Vorberatung in den Verfassungsausschuss hineinkommt. Dankeschön.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich glaube, man sollte dieses Thema ansprechen. Es ist schon ein ganz interessantes, es kann doch kein Zufall sein, dass vier Jahre vor der nächsten Gemeinderatswahl plötzlich dieses Thema auftaucht, obwohl es in den Vorschlägen der Aufgabenkritik zum Beispiel die Reduzierung von Gemeinderat und Stadtsenat ja angesprochen sind und damit Gegenstand der politischen Debatte werden wird und ich glaube, man sollte halt nicht verschweigen, dass der Freund Christopher Drexler zu verschiedenen Klubobleuten, Freunden hier im Saal gute Kontakte pflegt. In Fragen der gleichgeschlechtlichen Beziehungen, gute Kontakte zum Karl-Heinz Herper, da kann man drüber reden, da werden Ideen ausgetauscht, da übernimmt der Christopher Ideen, die aus anderen Parteien kommen, zum Beispiel von den Freiheitlichen übrigens, deswegen hat mich die Kollegin Sickl ein bisschen überrascht. Ich kann mich noch sehr gut an Parlamentsdebatten erinnern, wo die Freiheitlichen genau die gleichen Positionen vertreten haben wie Christopher Drexler im Sommer, als ihm ein bisschen fad geworden ist und er ein Sommerthema gebraucht hat. Und vielleicht hat er auch beim Freund Peter, Hofrat Piffel, angerufen und hat gesagt, du, wir bräuchten halt dringend ein bisschen Unterstützung für die kommende Landtagssitzung, das wäre doch wirklich nicht schlecht, wenn man dieses Thema, das ja im Land, wie wir wissen, diskutiert wird, eine Vorbereitung hätte, eine

mediale, ein bisschen eine Aufbereitung, ein bisschen einen Rückenwind aus Graz können wir brauchen. Ihr redet ja ohnehin gerade drüber. Und so haben wir es heute hier auf der Tagesordnung, so funktioniert es halt und ich meine nur, wir sollten uns da nicht zu sehr treiben lassen, was andere Gebietskörperschaften angeht, sondern wir sollten unsere eigenen Lösungen anstreben. Ich, und das ist richtig, habe gesagt, wenn im Zuge der Aufgabenkritik die Aufgaben weniger werden, dann kann man nicht nur darüber nachdenken, dass wir weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Magistrat brauchen, sondern dann muss man auch darüber nachdenken, brauchen wir so viele politische Positionen, die besetzt werden müssen und die auch bezahlt werden müssen, ist richtig. Ganz eine andere Frage ist die, übrigens ich verstehe, ich bin ja nur ein halbwegs gebildeter Jurist, aber Mehrheitswahlrecht ist, soviel ich mich erinnern kann, was anderes als das, was du da immer gemeint hast. Mehrheitswahlrecht ist ein System, wie wir es zum Beispiel in England kennen, da gibt es vielleicht eine kleine Begriffsverwirrung. Wenn man damit meint die Bürgermeisterdirektwahl, gut, das ist eben eine Direktwahl, da gibt es allerdings Bedenken und auch schon ganz schlechte Erfahrungen in anderen Bundesländern, gemischte auch, manche haben bessere, ich glaube, dass das System, das der Karl-Heinz Herper heute vorgeschlagen hat, sehr vernünftig wäre, weil das gleichzeitig sicherstellen würde, dass ein Bürgermeister auch eine entsprechende Stärke und Unterstützung im Gemeinderat hätte, die er braucht. Und dann muss man auf eines hinweisen, es kommt zwar in einem Nebensatz vor, dankenswerterweise im ÖVP-Antrag, wir reden da auch über eine Änderung der Bundesverfassung, die Gemeindeautonomie ist berührt, der Bundesverfassungsgesetzgeber muss sich miteinmischen, wenn es zum Beispiel darum geht, nach welchen Kriterien der Stadtsenat, der ja nicht nur eine politische Instanz ist, sondern auch eine behördliche Instanz, also Oberginstanz hat...

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Riedler**: Na ja, selbstverständlich tu ich das, hin und wieder lache ich auch gerne, aber es ist jedenfalls ein Hinweis, der darauf hindeutet, da wird vieles vorgeschoben, vielleicht in der Hoffnung, es passiert eh alles nicht. Die einen werden darauf vergessen, der Bundesverfassungsgesetzgeber nimmt das wie manch andere Petitionen, manche werden ja umgesetzt, vielleicht auch nur ad notam und damit hätten wir das Ganze vom Tisch. Davor würde ich warnen und da schließe ich mich ganz an das an, was die Klubobfrau Sigi Binder gesagt hat, diese Debatte kann man nicht ernst genug führen, weil es werden die kommenden Generationen von Politikerinnen und Politikern mit dem System leben müssen, es muss also funktionstüchtig sein. Und daher kann ich dem Vorschlag, das in einer vernünftigen Verfassungsdebatte zu führen, sehr viel abgewinnen. Und jetzt möchte ich nur als Letztes noch daran erinnern, im letzten Gemeinderat war ich noch Mitglied des Gemeinderates und als solcher auch Mitglied des Verfassungsausschusses. Wir haben uns vier bis fünf Jahre lang hart abgeplagt. Da gibt es noch Zeugen, der Klubobmann Proske, der Klubobmann Spielberger waren damals dabei. Es war nicht leicht, diese Verfassungsfragen und Statutenfragen zu diskutieren. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, ein Gremium dieser Art wieder einzurichten, das in einer geordneten Form Vor- und Nachteile abwägt, dann sind wir auch einem guten Weg (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat! Erlauben Sie mir auch ein paar Worte zu dem heutigen Vorstoß, den wir hier tun. Ich glaube, dass die Vorschläge, die wir hier gemacht haben, minderheitenfreundlich sind, dass sie auch ehrlichen Sparwillen aufzeigen. Mir tut es ein bisschen weh, wenn es heute wieder dazu kommt, wir vertagen das, weil der Wähler möchte ganz gerne, dass wir eine glaubwürdige Politik haben. Ich befürchte, dass er auch nach dem jetzigen Beschluss, der sich anbahnt, wieder sagt, da geht eh nichts weiter, aber ich meine es ernst. Und wenn der Bundesverfassungsgesetzgeber zuständig ist, um einmal das Spiel, das wir haben, der Blockadepolitik aufheben möchte, dass Opposition auch in der Regierung und vieles möglich ist, dann möchte ich ernsthaft an den Bundesverfassungsgesetzgeber herantreten und sagen, bitte schaffen wir das ab mit dem Proporzsystem und zwar aus einem ganz, ganz wesentlichen Grund. Das was nämlich unsere Kolleginnen

und Kollegen in anderen Landeshauptstädten und auch in der Bundeshauptstadt tun, dass man nämlich sagt, wir haben Stadtsenatsmitglieder mit einem Pouvoir und andere, die haben kein Pouvoir, die gehen quasi spazieren, auch in einer Finanzsituation wie der Stadt Graz, aber auch generell gar nicht zumutbar ist. Deswegen eine klare Forderung, dass der Proporz abgeschafft wird, dass diejenigen die regieren dann auch die Rechnung bekommen nach einer Periode und dass man nicht dieses Spielchen hat, man kann aber dauernd durch Störfeuer auch etwas verhindern. Macht man gute Arbeit, wird man wiedergewählt, macht man eine schlechte, hat man es aber auch klar zugeordnet. Und dazu komme ich auch und deswegen gibt es heute ganz konkret diesen Vorstoß. Wir haben uns gemäß dem Gemeinderatsauftrag damit beschäftigt, eine Aufgabenkritik durchzuführen, weil sie leider Gottes notwendig geworden ist. Weil leider Gottes das, was im Moment im Finanzausgleich sich abspielt, nicht dazu helfen wird, dass wir gleich wieder aus dem Schneider sind. Wir versuchen, nur 30 % unseres Budgetlochs, das es zu kitten gilt, durch Einsparungen hinzukriegen. Natürlich hat, so wie alles, was wir da herinnen besprechen und planen und wofür Menschen dabei sind, haben alle Wände wieder Ohrwascheln gehabt und natürlich sind schon viele Teile der Aufgabenkritik nach draußen gedrungen, wir haben heute erst die Diskussion um Bibliotheken etc. gehabt und es kann nicht so sein, dass immer diejenigen, die die Aufgaben vorbereiten, und das haben wir auch von Seiten des Präsidialamtes getan, weil wir zuständig sind, wie gehen wir wirklich damit um, dann wieder populistischerweise verkauft werden, so nach dem Motto, wir haben die guten Vorschläge und die schlechten Nachrichten dürfen dann vielleicht die beiden großen Fraktionen hier von ÖVP und SPÖ allen verkündigen und dann gehen wir immer dagegen. Das kann es nicht sein, das ist nicht Gesamtverantwortung und deswegen habe ich heute auch, wie ich den richtigerweise formulierten, vom Herrn Gemeinderat Korschelt formulierten Antrag gesehen habe, habe ich gesagt und jetzt sagen wir aber gleich der Bevölkerung, um was es geht. Jetzt geht es wirklich darum, dass man besser in Zukunft arbeiten kann, dass man schneller und effizienter ist und dass wir dabei auch einsparen und deswegen haben wir heute diesen Vorstoß jetzt gemacht, weil wir sind immer nur dann dran, wenn es heißt, negative Botschaften zu verkünden und das habe ich, gelinde gesagt, auch eigentlich einmal satt (*Applaus ÖVP*). In diesem Sinne...

GR. Mag. **Candussi**: Herr Bürgermeister! Soweit ich die Geschäftsordnung kenne, ist eine Debatte über den Antrag jetzt nicht mehr zulässig, sondern es ist ausschließlich eine Debatte über den Geschäftsordnungsantrag der Klubobfrau Sigrid Binder zulässig, das heißt, auch das Schlusswort ist erst nach einer Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag möglich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gut, nach Aufklärung durch den Herrn Magistratsdirektor hat das Schlusswort zum Antrag der Herr Gemeinderat Korschelt. Danach können wir noch eine Wechselrede zulassen, dann wird über die Anträge...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, dann geht noch eine Wechselrede zum Vorschlag der Frau Gemeinderätin Binder, dann ist gleich die Abstimmung.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte die Diskussion nicht noch länger fortführen. Ich darf nur zu zwei Punkten Stellung nehmen, und zwar zu Kollegin Binder mit der alten Walze, mit der Sie immer wieder kommen, dass die FPÖ sich im Proporz und Privilegienbett gesuhlt hat. Kollegin, ich kann nichts dafür, dass es Ihnen nie gelungen ist in Graz, einmal so weit zu kommen, dass Sie einmal Stadtrat geworden sind (*Applaus ÖVP und FPÖ*), weil wenn Sie, liebe Frau Kollegin oder liebe Freundin, wenn man heute alle so Freunde sind, wenn Sie Ihre Parteifreunde oder ich weiß nicht, wie Sie sich nennen, keine Ahnung, wie Sie sich nennen, FreundInnen oder wie auch immer, anschauen in Wien, in Klagenfurt, in Villach, in Innsbruck, überall liegen Ihre Parteifreunde aber so dick und fett in der Koalition, die suhlen sich sogar in den Privilegien, nur Sie haben es da leider in Graz

nie zu etwas gebracht (*Applaus ÖVP und FPÖ*), also dürfen Sie nicht traurig sein. Man soll die Kirche einmal im Dorf lassen, weil das ist immer diese gleiche Walze, mit der Sie immer wieder kommen, also das kenne wir eh. Und zum Zweiten...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Naja es, gibt einen grünen Stadtrat. Es gibt in Klagenfurt einen Stadtrat, einen Grünen, das gibt es schon. Und zum Zweiten, Kollege Herper, ich wehre mich auch dagegen, Sie haben es auch gesagt, Husch-Pfusch, das ist kein Husch-Pfusch gewesen, wir haben uns das sehr wohl überlegt und diese Diskussion geht ja schon über Jahre hinweg. Und gerade was, der Kollege Finanzreferent ist nicht da, mag sein vielleicht, dass mir das mehr am Herzen liegt wie Ihnen, nach 15 Jahren Banktätigkeit aber mir tut das schon weh, wenn ich immer wieder höre und immer wieder lese und Sie werden jetzt gleich wieder alle aufschreien und sagen, der Korschelt tut da wieder, aber der Pleitegeier, der rauscht ja da, den hört man ja, den Flügelschlag des Pleitegeiers, den spüren wir immer wieder. Heute haben wir schon wieder im Finanzausschuss gehört, dass man wahrscheinlich wieder zehn Millionen weniger kriegt und da tut es mir, ehrlich gesagt, weh, zu sagen den Beamten und der Bevölkerung zu sagen, liebe Bürger, liebe Beamten, ihr müsst einsparen, aber wir tun jetzt wieder, und da Herr Bürgermeister danke ich für Ihre harten Worte, wir tun jetzt wieder hinausschieben und sagen, jetzt warten wir wieder, vielleicht kommen wir doch wieder einmal über eine Periode und dann tun wir wieder fünf Jahre weiter. So kann es doch wirklich nicht gehen, dass wir verlangen von den Bürgern, von den Mitarbeitern enorme Einsparungen und die werden kommen und bitte, es wird da herinnen ordentlich krachen, weil wenn ich mir das anschau, was da einzusparen ist, dann wird die Stadtbibliothek nur ein Lercherl sein.

Zwischenruf GR. Herper: Lercherlschaf.

Mag. **Korschelt**: Ja, das wollte ich nicht sagen, weil ich will den Ausdruck nicht sagen, du kennst ihn ja, aber ich will ja vornehm bleiben dann. Aber, und da gehen wir dann her und sind nicht bereit, bei uns zu sparen und das glaube ich, und das wird der Bürger auch nicht verstehen, wenn wir jetzt sagen, du musst überall sparen, wir sperren...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ja, ab nächste Periode natürlich dann. Aber nur wir müssen einmal ein Zeichen setzen, dann.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Ja die kann ja früher kommen. Das Neuwahlgespenst geistert eh durchs Haus. Wenn ihr so weiter tut's in der so genannten Partnerschaft, dann wird es eh bald Neuwahlen geben, weil Ihr blockiert euch ja eh permanent dann. Neuwahlen können jederzeit sein, also das kann jederzeit sein, also da sehe ich überhaupt keinen Grund, das nicht sofort zu machen, weil das ist ja genau das, was der Bürger nicht versteht, dass man jetzt wieder hinausschieben auf die lange Bank mit allen geschäftsordnungsmäßigen Tricks, ich würde bitten, heute einmal ein Zeichen zu setzen, wobei zumindest die Reduktionen jedenfalls durchzuführen wären, über das andere kann man sicher noch reden, weil das ist vielleicht doch etwas komplizierter, aber die Reduktionen werden heute oder zumindest die Anträge der Reduktionen würde ich auf jeden Fall bitten heute zu beschließen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Hoher Gemeinderat, ich möchte jetzt auch noch auf die Wortmeldung des Kollegen Candussi zurückkommen. Im § 20 unseres Statutes steht geschrieben, dass vor Abstimmung über Anträge auf Vertagung des Gegenstandes der Berichterstatter zur dringlichen Behandlung zugelassenen Anträgen noch einmal zu hören ist. Der Geschäftsordnung haben wir Genüge getan. Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Vertagung des Gegenstandes, so wie es die Kollegin Binder vom Gemeinderat gefordert hat.

Die Abstimmung über die Vertagung des Gegenstandes sowie der Zusatzanträge wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: So dann ist der Antrag der Kollegin Binder durchgegangen und ich verspreche auch, dass wir den Verfassungsausschuss damit beschäftigen werden.